

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

140 (20.6.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Verlagspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,90 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 8-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A., zugl. 30 % Zeilungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 10-12 Uhr vorm., für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Ja oder Nein?

Karlsruhe, 20. Juni.

Mit der Ablehnung-Lexie sind wir in den Krieg gezogen, mit der Ablehnung-Lexie sind wir von ihm. Die beiden Motive der alten Geldentwertung haben wir in diesen fünf Jahren völlig ausgekostet. Der Ausklang ist bei uns trübselig ein anderer als in Siebe. Die Gelden der Sage sterben bis auf den letzten Mann. Wir aber leben noch und nun kommt ein sehr modernes Moment hinein: Uns ist vom siegreichen Feind der Prozess gemacht worden und wir stehen nun vor der Selbstbefragung, ob wir keinen Spruch gutheißen sollen oder nicht.

Wer das Urteil ablehnt, muß Gründe beibringen, daß er in der Appellationsinstanz besser wegzukommen hofft. Es muß uns überzeugen, daß der feindliche Verdikt überhaupt einseitig werden wird, oder so gemildert werden kann, daß die Fortsetzung des Prozesses sich lohnt.

Eine solche Meinung wird noch vielfach vertreten. Es gibt noch zu Tausenden und Hunderten Leute, die uns den Appell an die Waffen empfehlen. Wenn jetzt, sagen sie, nach dieser Demütigung Mitteldeutschland zur Wehr gerufen wird, dann wird es auch kommen und dann wird der „deutsche Schrecken“ noch einmal in die Hände hineingefahren. Sie erwarten davon allein zwar nicht die Rettung, aber sie meinen, die Kriegsmüdigkeit der Gegner werde uns helfen, das Versailles-Leserstück in Sieben zu rechen. Hier im Westen ist diese Meinung mit einer ihr entsprechenden Stimmung weniger verbreitet, aber im Osten, besonders in den polnischen Randgebieten ist sie es bis zur Gefahr einer rabiaten Überheißung. Wir erfahren aus Zeitungsnotizen, daß von Kreisen, die ganz vornehmlich im Rücken des schwer Entbehrbaren zu arbeiten bestrebt sind, Anstalten getroffen werden, um die Revision des Vertrages dementsprechend an der Polenecke mittels Waffengewalt zu erzwingen. Unmöglich wird niemand diese Veruche finden. Wenn je eine militärische Aktion mit dem Gerechtigkeitsgedanken in Einklang gestanden hat, so ist es das Unternehmen, den polnischen Parvenüterren a la Paderewski ihren Polensimpertinenz auszutreiben. Über unglückliche Absicht der Versuch in einem Maße, daß er sie und nimmer zu veranlassen wäre. Der Kampf gegen die polnische Armee Gallas hieße doch eine isolierte Aktion, sondern nur eine Teilarbeit in einem Vorgang, der adernals Weltkrieg hieße. Ohne jeden Zweifel würde die Erkenntnis sich nicht geklärt Autorsität hinter die Polen stellen und unvereinbar militärischen Maßnahmen ein mißliches Risiko bereiten.

Auf den Überdruß und Gabel der Entente-Verträge an der Fortsetzung des Krieges ist nicht viel Wert zu legen. Da sich ihnen kein ernst zu nehmender Feind stellen wird, so kann die Produktion nach dem rechtsrheinischen Gebiet für die jungen Truppen sogar die angenehme Abwechslung nach dem langweiligen Wacht- und Exerzierdienst der Besatzungszeit sein. Die älteren Soldaten werden sich freilich nicht freuen, daß sie noch weiter von der Heimat abdriften noch länger im Arrest bleiben müssen, wenn sie endlich nach Hause kommen, aber darum deherren sie nach nicht distanzverstehe. Wer aber will sagen, daß sie ihre Empörung an die Adresse ihrer eigenen Machthaber richten werden und nicht gegen uns?

Es spricht ein gutes Bündel von Gründen dafür, daß ein geschickter aufgeklärter Nationalismus uns den Fehler eines unklaren Widerstandes umso mehr fühlen lassen würde, je mehr Wassererlöse wir gegen die Polen erringen können. Das Ende der Aktion wäre vielleicht ein dankbares Thema für einen zukünftigen historischen Dichter und für das Bedürfnis nach Geldentwertung überhaupt. Die Gegenwart, welche die trübseligen Gelden zu stellen hat, bedankt sich jedoch für die sehr schmerzliche Ehre hierbei das Modell abzugeben.

In der Wahrheit sind es Geiseln der politischen Rechtsseite, die zur militärischen Revolte laßen. Die Karte, auf welche sie dabei setzen: Kriegsabweigung der Entente-Verträge, ist aber auch der Trübsel, welcher von ganz links ausgespielt wird. Es soll sich, nach den Erwartungen der U.E.B. und R.W., dieser Widerwille mit politisch-wirtschaftlichen Motiven verbinden und daraus soll die berühmte „Weltrevolution“ resultieren. Aus diesen Gründen ist ein Teil der besagten Herrschaften zwar nicht wie die Gottesstreiter der teutonischen Heilanz zum bewaffneten Widerstand, wohl aber zur Ablehnung des Versailles-Vertrages. Andere von ihnen denken ganz großzügig und behaupten: ob der Vertrag unterschrieben wird oder nicht, sei gleichgültig, der Weltbund des diktatorbereiten und diktaturfähigen Proletariats würde ihn ja doch in das Museum verbannter Diplomatenstücke werfen. Weltrevolution hin, Weltrevolution her. Das ist ein bloßes Gerede und hängt nachgerade an, ob des hohen Maßes von optimistischer Selbsttäuschung komisch und als bewusste Vorbeugung falscher Lehren ärgerlich zu wirken. Sieben Monate aebt das schon so. Unterdessen ist vieles geschehen, nur nicht eine gediegene Vorbereitung zur „Weltrevolution“. Lohnbewegungen hier und dort, die allerdings haben stattgefunden und finden weiter statt. Das Ende davon ist stets die Einigung auf der Basis eines höheren Lohnminimums, aber nicht die Übernahme der proletarischen Wirtschaftsverwaltung und

die Ausföhrung des internationalen Proletariats. Das hat sich in den Ententeländern uns gegenüber recht gefällig gezeigt. In Frankreich riefte es sehr mit seiner Kapitalistenklasse zu großartigen Siegesfeiern. Das englische Proletariat hat gefolgt, das Einmünderungsverbot gegen die deutschen Arbeiter durchzusetzen und die amerikanischen Gewerkschaften haben sogar die Verhinderung des Einmünderungsverbot mit Anwendung der nationalökonomischen Siegesphrasologie erreicht. Darüber gestatten sich die Herrschaften von der U.E.B. und ihre spartakistische Beherrschung samt allen den vielen Momenten, welche die Abneigung der westeuropäischen und amerikanischen Arbeiter gegen den Zusammenstoß mit der mittel- und osteuropäischen Internationale bekunden, ohne weiteren Nachbarmerk hinwegzuturnen. Sie werden ja wissen warum, und wenn nicht, so wollen wir es ihnen noch gründlich sagen. Einstweilen wollen wir, ein paar Stunden vor dem Zusammenbruch des russischen Weltsozialismus, präzisieren, daß niemand im Mißverständnis sein kann, erklären: Die Predigt von der Weltrevolution ist ein schamloses Schmarren, eine Ablehnung des Versailles-Vertrages auf die Hoffnung hin und derbe leichtfertige Selbsttäuschung oder die selbsteigentliche Täuschung wie die Weigerung der Vertragsunterzeichnung aus Gründen des Appells an die nationale Rassenrechnung. Beides ist nach Marxi-chem Ausdruck — so recht „Zukunftsmusik auf der Hindertrompete“. Die Theoretiker der „Weltrevolution“ aber mögen noch eines erwägen: käme eine Bewegung, welche man mit diesem Schlagwort bezeichnen darf, so käme sie doch nicht als Erwägung, nämlich nicht als das weltweite sozialistische Wirtschaftskrisen, sondern auf lange Zeit Zeit als das höchstnützliche Chaos des Kampfes aller gegen alle. Und dabei dürften etliche Dinge in die Wägen gehen, die auch für die merkwürdigen Stützenbeilagen des Ordens vom ehrwürdigen Spartakus zu den wertvollsten Gütern zählen.

So ergibt sich: wir haben keine Appellationsinstanz gegen das Versailles-Urteil. Wenigstens besteht keine Chance, bei ihrer Annahme einen milderen Spruch zu erzielen oder diesen zur Annulierung zu bringen. Die Einsicht davon ist klarer oder unklarer, bei der Majorität des deutschen Volkes vorhanden. Bei vielen, die sich dennoch nicht zur Zustimmung für die Unterzeichnung entschließen können, hat sich ein höhermühtiger Fatalismus eingestellt und aus diesem heraus begründet sie ihre Ablehnung mit der Parole: „Komme, was kommen mag, schlimmer als nach der Annahme des Vertrages kann es auch noch werden.“ Die Leute, die so sprechen, müssen sich selbst wissentlich jede Überlegung verbieten lassen. Auf alle Fälle könnten sie etwas erleben, wenn es in Folge unserer Weigerung zur Invasion käme. Dann würde sich wieder das bekannte Schicksal ereignen, die argsten „patriotischen“ Schreier wären beim ersten hilflosen Druck auf ihre Freiheit und auf ihren Geldebeutel die lautesten Befürworter ihres Schicksals. Und lange noch, bevor sie das Vergleiche erfahren hätten, was so eine Eroberung des feindlichen Eindringlings mit sich zu bringen pflegt, würden sie sandbareren: warum hat man es zu diesem Versuch kommen lassen, warum hat man den Versailles-Vertrag nicht unterzeichnet? Hinterher käme doch die Verehrlichkeit zur Unterzeichnung, aber uns könnte leicht ein anderer Vertrag vorgelegt werden und wir müßten ihn dann unter Verhältnissen annehmen, die uns befehren würden, daß wir doch noch etwas zu verlieren hätten.

Und die Zukunft? Wer darüber etwas Sicheres aussagen wollte, müßte ein Prophet sein, wie er nie auf der Erde da war. Es sind ganz wenig Anhaltspunkte für eine Berechnung zur Hand, man kann irrtümlicherweise nicht sagen, ob er so wird die Zukunft sein. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie sich nicht so düster ausnehmen wird, wie das Buch von Versailles uns zunächst fürchten läßt. Der Entente scheint augenblicklich mehr an der Anerkennung ihres Friedensvertrages zu liegen, als an der späteren Durchführung seiner einzelnen Bestimmungen. Selbst ein Boulevardblatt wie der „Temps“ nimmt diese nicht recht ernst. Er sagt klar heraus, daß nach der Unterzeichnung des Vertrages erst die Verhandlungen über deren Anwendung beginnen müssen, da alles in diesen Vertrag „provisorisch“ sei. Da wollen wir uns doch die Neigung zu einer milderen Interpretation der Friedensbestimmungen nicht durch den Hindertrompet einer Verweigerung verhalten, die uns in aller nächster Zeit dem völligen Ruin unserer wirtschaftlichen und staatlichen Existenz ausliefern würde. Die gegenwärtige Situation hat uns vor eine präzisere Frage gestellt. Antworten wir also darauf ebenso präzis: Ja!

Rücktritt des Kabinetts.

W.Z.B. Weimar, 20. Juni. Das Kabinett ist zurückgetreten. Es wird die Geschäfte vorläufig weiterführen, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

Der überraschende Entschluß der deutschen Regierung, zurückzutreten, zeigt am besten, wie groß die Meinungsverschiedenheiten unter den Leitern des Reiches über die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages waren und noch sind. Wohl sprach man von einer Krise im Kabinett, auch wurden bereits einige Minister genannt, die auscheiden sollten, so Scheidemann und Landsberg. Bei Scheidemann war ein Rücktritt erklärlich gewesen, da er sich mit seinem scharfen Unannehmbar von vornherein zu sehr festgelegt hatte. Wie eine weitere Berliner Meldung sagt, stehen ablosch ablehnend dem neuen Vertrage nur 6 Minister gegenüber. Der Rücktritt des Gesamtkabinetts vermehrt die innerpolitischen Schwierigkeiten ins Ungemessene. Es wird wohl zweifellos ein neues Kabinett gebildet, dessen Vertreter denselben Parteien entnommen sind, wie die bisherigen, die Unabhängigen verzichten ja auf Übernahme einer Verantwortung. In der Folge der Annahme oder Ablehnung des Vertrages geht jedoch mitten durch die Mehrheitsparteien ein breiter Riß: bei den Mehrheitssozialdemokraten ist die überwiegende Mehrheit für Annahme, bei den Demokraten umgekehrt, die überwiegende Mehrheit für Ablehnung; ebenso ist das Zentrum gespalten. Das neue Kabinett wird also auf sehr schwankendem Boden stehen, wenigstens, was die Frage des Friedensvertrages betrifft. Es kann aber u. a. nur Kabinett der Unterzeichnung sein.

Ein Vermittlungsvorschlag des Zentrums.

Berlin, 19. Juni. Der vom Zentrum ben ben anderen Mehrheitsparteien unterbreitete Kompromißvorschlag, der drei Punkte enthält, Ablehnung des Schuldbeitrages, Ablehnung der Auslieferung der Seeräuber und Politiker und Abweisung vor einem Gerichtshof der Entente, sowie die Erklärung, daß die wirtschaftlichen Bedingungen unerfüllbar seien, wird im „Vorwärts“ für verfehlt erklärt.

Die Haltung der Fraktionen.

Berlin, 19. Juni. Verschiedenen Morgenblättern zufolge sprachen sich im Zentrum 79 Abgeordnete für eine solche modifizierte Annahme der Friedensbedingungen aus. Die demokratische Fraktion war mit überwiegender Mehrheit dagegen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, daß dem Reich in diesem Augenblicke nichts anderes übrig bleibe, als dem Vertrag die Unterschrift zu geben. In absolut ablehnendem Sinne äußerten sich in der Kabinettsitzung folgende Mitglieder: Dr. Preuß, Derenburg, Westdorpff-Rangau, Landsberg, Götzein und Giesberts.

Berlin, 19. Juni. Die demokratische Fraktion legte dem Abg. Frhr. v. Nitschowsen, wie mehrere Morgenblätter melden, den Austritt aus der Fraktion nahe, weil er zu denjenigen Abgeordneten gehört, die für eine glatte Annahme der Bedingungen seien. 58 Abgeordnete der demokratischen Fraktion stimmten dafür, daß man den Weg des vom Zentrum empfohlenen Kompromisses beschreiten solle. Die deutsche Volkspartei und die Deutsch-nationale Volkspartei würden, wie berichtet wird, einen modifizierten Frieden als immer noch unannehmlich ablehnen.

W.Z.B. Weimar, 20. Juni. Die Zentrumskolonnen der deutschen Nationalversammlung hat heute Nachmittag in längerer Sitzung nochmals eingehend ihre Stellung zum Friedensvertrag beraten und am Schluß derselben mit einer vier Fünftel-Majorität sich für die Annahme des Friedensvertrages entschieden, ausgenommen die Punkte, welche die Schuld am Kriege und die Ehre der Nation betreffen. (Auslieferung Teutscher usw.)

W.Z.B. Weimar, 20. Juni. Die Fraktion der deutsch-demokratischen Partei nahm gestern Abend eine Probeabstimmung vor. Von 65 anwesenden Mitgliedern stimmten acht bejahend, einer unbedingte für die Unterzeichnung des Vertrages, die anderen dagegen.

Der Zentralrat für die Unterzeichnung.

Berlin, 19. Juni. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik trat im „Vorwärts“ für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein. Es werde in Deutschland niemand geben, dem das Ja oder Nein nicht als riesenschweres Schicksalswort erscheine. Jetzt aber könne nicht mehr ausweichen werden, und der Zentralrat halte es für seine Pflicht auszusprechen, daß die Unterzeichnung als ein Resultat der Zwangslage erfolgen müsse. Sie bedeute kein Abfinden mit den uns auferlegten Bedingungen, im Gegenteil, das deutsche Volk werde nicht aufhören, für die Revision dieser Bedingungen zu wirken, und es hoffe, daß die beginnende Einsicht bei den Völkern der Entente die Revision beschleunigen werde.

Die Sachverständigen für Ablehnung.

W.Z.B. Weimar, 20. Juni. Die finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen, die auch an den Beratungen in Versailles teilnahmen, sind einstimmig der Überzeugung, daß diese Bedingungen unerfüllbar sind, und den vollkommen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen müßten. Sie empfehlen daher dem Kabinett, die Friedensbedingungen abzulehnen.

Drauschweiges.

Berlin, 18. Juni. Aus Braunschweig wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt, daß in die Stadt jetzt viele von den nach dem Eingang der Regierungstruppen geflüchteten Revolutionäre, deren Verhaftung durch General Wäcker angeordnet worden war, zurückkehren. Es befindet sich darunter der frühere Polizeipräsident Gschorn. Durch spartakistische Elemente werden jetzt in Braunschweig und in der Nachbarrückwärts Wachenbittel jede Nacht und auch am Tage Putschversuche unternommen. In Braunschweig befinden sich noch große Mengen Munition und Waffen — man spricht von 20.000 Schußwaffen — in den Händen der revolutionären Arbeiterkassat. Sogar eine revolutionäre Volksmarinendivision ist wieder in Bildung begriffen.

Der neue Vertrag.

Paris, 18. Juni. Der Text der Antwort, der mit dem Vergleichsprotokoll Clemenceaus abging, umfaßt 60 Seiten in französischer und englischer Sprache und ist in 14 Unterabschnitte eingeteilt, die die Antwort auf die verschiedenen deutschen Gegenanträge enthalten.

Das erste Kapitel behandelt die deutschen Einwendungen hinsichtlich des Völkervertrages und es wird gesagt, daß die Alliierten nicht daran gedacht hätten, Deutschland auszuschließen, daß sie aber mit Rücksicht auf die Kriegsverbrechen für Deutschland eine Probezeit für unbedingt notwendig erachteten müssen, deren Dauer von Deutschlands Haltung abhängen würde. Entgegen den deutschen Vorschlägen seien die Alliierten der Ansicht, daß ein Zusatz zum Vertrage nicht notwendig sei. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Fragen andererseits erklären sie sich aber bereit, unter dem Schutze des Völkervertrages die deutsche Bevölkerung in den von Deutschland weggenommenen Gebieten und den aus dem Kriege hervorgegangenen neuen Staaten zu schützen, die deutsche Ernährung und die Ausführung der allgemeinen Bestimmungen, doch hängt ein solches Projekt im wesentlichen von der beabsichtigten Durchführung der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen ab.

Die nächsten zwei Kapitel beschäftigen sich mit den territorialen Fragen. Hinsichtlich des Saarbeckens betonen die a. und a. Regierungen, Deutschland verfolge, daß das ganze in Aussicht genommene System ein temporäres sei, und daß die Bewohner nach Ablauf von 15 Jahren in voller Freiheit das Recht haben werden, die Souveränität zu wählen, unter der sie zu leben wünschen. Das ganze System sei von dem Grundgedanken geleitet, daß die Bevölkerung in ihren täglichen Wohnheiten usw. nicht gelöst werde, so werde das ganze Verwaltungssystem hinsichtlich der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit und hinsichtlich der Steuern aufrechterhalten werden. Die Bewohner sollten ihre lokalen Verfassungen beibehalten, in der Religionsfreiheit und in dem Gebrauch ihrer Sprache in der Schule, und die Arbeiter sollten in den jetzt bestehenden Garantien nicht beschränkt werden. Auf jeden Fall müßten die Alliierten für die Wiederherstellungen ein sicheres, greifbares Pfand haben, das nicht den Unsicherheiten unterliege, wie sie das deutsche Memorandum selbst kennzeichnete. Die Alliierten könnten sich nicht mit einer einfachen Lieferung von Kohlen in bestimmter oder unbestimmter Menge zufriedengeben, und die a. und a. Regierungen seien in diesem Punkte zu keinerlei Verhandlungen bereit. Es wird betont, daß die Regierungskommission dem Völkervertrag und nicht der französischen Regierung verantwortlich sei, so daß also ein Mißbrauch der Gewalt, die der Kommission anvertraut sei, nicht eintreten könne. Die Kommission sei auch beauftragt, die Ansicht der gewählten Vertreter der Weimarer anzufragen, bevor sie ein Gesetz anbringen, oder eine neue Steuer einführen.

Das Kapitel über das Saargebiet schließt mit dem Hinweis: Zum ersten Male seit der Befreiung dieses Gebietes durch Preußen und Bayern werde die Bevölkerung eine Regierung haben, die an Ort und Stelle selbst regiert und keine andere Aufgabe und kein anderes Interesse habe als das Wohlergehen seiner Bevölkerung.

Ueber Elßass-Lothringen wird gesagt, daß eine Volksabstimmung nicht vorgenommen werden könne, da nur ein von Preußen gegenüber Frankreich begangenes Unrecht wieder gut gemacht werden solle. Im übrigen hätte auch die Bevölkerung den auf das Selbstbestimmungsrecht gegründeten Vertrag vom Tage der Befreiung an ballottiert, und Frankreich brauche nur Kenntnis von einem so feierlich proklamierten Willen zu nehmen.

Um die deutschen Kolonien.

Amsterdam, 18. Juni. „Telegraf“ meldet aus Brüssel, England werde keine Zustimmung dazu erteilen, daß Belgien das Mandat über den Teil Deutsch-Ostafrikas erhalte, der an den belgischen Kongogrenze grenzt. Dieser Teil werde jedoch nicht das ganze Gebiet umfassen, das von den belgischen Truppen besetzt. Belgien werde den Teil, der nicht an den Tanganjikasee grenzt, an England abtreten, wodurch ein Landstrich nach einer Bahnverbindung mit Ostafrika und eine Verbindung zwischen Madagaskar und Uganda erfüllt werden würde. England werde Belgien für den Transferrückgang durch Britisch Ostafrika und Deutsch Ostafrika besondere Erleichterungen geben, damit so die Distanz der belgischen Kolonien mit dem indischen Ozean eine Verbindung erhält.

Die Türkei „vorgeladen“.

Paris, 18. Juni. Der Jährliche unter dem Vorsitz Clemenceaus hat heute vormittag, wie üblich, die türkische Delegation im Ministerium des Auswärtigen in Paris empfangen. Clemenceau führte in einer kurzen Ansprache aus, der oberste Rat habe sie vorgeladen, damit sie den Standpunkt der Türkei über die künftige politische Organisation des Orients ihm zur Kenntnis bringen könne. Damad Ferid Pascha antwortete u. a.: Schwere Verbrechen seien begangen worden, aber nicht allein Christen seien die Opfer gewesen, auch die Mohammedaner hätten schwer zu leiden. Der türkischen Delegation wird am nächsten Samstag die Antwort erteilt werden. Damad Pascha überreichte auch eine lange Denkschrift, in der der Standpunkt der osmanischen Regierung über die Zukunft der Türkei in Konstantinopel eingehend dargelegt wird.

Kriegsgefangene Engländer.

Amsterdam, 18. Juni. „Daily Herald“ vom 16. Juni meldet neuerlich Weigerungen britischer Truppen, sich nach Übersee verschiffen zu lassen. 200 Mann des Regiments Gordon-Hochländer in Aberdeen, die nach Indien transportiert werden sollten, verließen ihre Baracken und traten mit den städtischen Behörden von Aberdeen in Verbindung, um ihnen darzutun, daß sie sich nur für die Bekämpfung des Krieges verpflichtet hätten, daß daher ihre Verschiffung nach Indien, 6 Monate nachdem die Feindschaften eingestellt worden seien, eine Nichtbefreiung der Bedingungen durch die Regierung, unter denen sie sich verpflichtet hätten, darstelle. Ähnliche Zwischenfälle haben sich auch im Stockton-Lager in der Nähe von Glasgow ereignet.

Amsterdam, 18. Juni. „Daily Herald“ vom 16. Juni meldet, daß in der am 15. Juni auf dem Trafalgar-Square in London stattgefundenen Protestversammlung gegen die Dienstpflicht, den Krieg mit den sozialistischen Republiken und den geordneten Feldzug der Regierung gegen die Gewerkschaften, Tausende von Personen beteiligt waren. Dr. Salber hielt eine Rede gegen die verdammenswerte Methode der Blockade und erklärte: Die Weiden der Frauen und Kinder sind schlimmer als irgend eine Grausamkeit, die in irgend einem Krieg begangen wurde. Die Türken haben ihre Feinde gleichmäßig abgeschlachtet, sie jedoch nicht langsam zu Tode gequält. Dies ist jedoch die Methode der imperialistischen Regierungen.

Die französischen Bergarbeiter.

Verailles, 17. Juni. (B. V.) Die Pariser Morgenblätter berichten: Der Kongress der Bergarbeitergewerkschaften der Norddepartements beschloß, seine Forderungen dem Schiedsrichter der Regierung zu unterbreiten. Diese Bergarbeitergewerkschaften haben sich erst in jüngster Zeit dem Allgemeinen Bergarbeiterverbande angeschlossen. In den übrigen Kohlenbergwerken Frankreichs dauert der Streik fort. Die Eisenbahner, Seefahrer und Hafenarbeiter haben sich ihr weiteres Verhalten vorbehalten. Joubert erklärte, durch die Haltung der Bergleute Nordfrankreichs werde der Streik im übrigen Frankreich nicht beeinflusst. Das Parteilager der Bergarbeiterverbände ist heute vormittag erneut zur Beschlußfassung in Paris zusammengetreten.

Die Mailänder Sozialisten-Zusammenkunft.

Die Mailänder Zusammenkunft der englischen und französischen Delegierten der Internationale mit den Vertretern des italienischen Proletariats und Sozialismus nahm nach einem Bericht der „Gumante“ einen höchst zufriedenstellenden Verlauf. Vor den Italienern nahmen an den wichtigsten Verhandlungen mit Antonio Mac Donato, Longuet und Charles Lorton teil die Genossen Turati, Mondani, Carroli und Beltrame für die parlamentarische Gruppe, für die Parteilager Serra Villa und Gemari, für den Arbeiterverband Magona und für die Mailänder Sektion Schiavi und Agostini.

Longuet forderte die italienischen Kameraden auf, Schuler an die Spitze zu rufen, um die russische Revolution zu retten, deren Ende der allgemeine Sieg der Reaktion sein würde. Mac Donato vertrat dieselbe Ansicht und zeigte, daß in Paris eine ganz andere Mehrheit zustande gekommen wäre, wenn die Italiener, Schweizer und Russen gegen gemeinen Willen eine interessante Ueberrückung über die Lage in Italien und die grobartigen Fortschritte der Bewegung. Die Partei habe ihre Kräfte verdoppelt, der Arbeiterbund seine Stärke verdreifacht.

Schlüsselt wurde beschlossen, den französischen und englischen Sozialisten und Syndikalistischen den Vorschlag der Nationalen zu übermitteln, unerbittlich in Paris eine französisch-englisch-italienische Konferenz abzuhalten zur Entschloßung über die Aktion zu Gunsten des Aufstandes.

Aus der Pfalz.

Speyer, 17. Juni. Der Bischof von Speyer hat sich unter Zustimmung der päpstlichen Legation nach dem Kommandierenden General Genard gewandt, um seine Aufrechterhaltung auf die lebhafte Beunruhigung zu lenken, die seine Kreise seiner Diözese infolge der wilden Gerüchte ergriffen hatte, die man von gewisser Seite zu verbreiten verstanden habe, als ob eine sofortige Aenderung der politischen Verhältnisse der Pfalz unter Anwendung von Gewalt bevorstünde. General Genard versicherte in seiner Erwiderung, daß die Verhältnisse für die Wahrung der Neutralität gegenüber den politischen Parteien, denen zur Erörterung der inneren Ordnung der Pfalz alle Freiheiten zugestanden seien, um in Ruhe die verschiedenen Ansichten zum Ausdruck zu bringen, feierlich mit allen nötigen Weisungen versehen wurden, um Gewaltthatigkeiten zu verhindern und unter allen Umständen die öffentliche Ordnung auf der Straße aufrechtzuerhalten.

Ein Zwischenfall in Weimar.

Zu den Vorgängen in Weimar meldet die B. v. n. Mittagsnachricht: Nach Ueberführung der Wache im Unterwühlungsgelände zogen die bewaffneten Gendarmen vor das Schloss, wo sie die zumalmäßig weit stärkere Wache übernahm. Die nahe dem Schloss gelegene Kaserne des Weimarer Infanterieregiments wurde von den Aufständischen unter Feuer genommen. Im Moment der größten Gefahr entließen die Truppen des Landesjägerskorps des Generals Märker, welches gerade nach Erfurt verladen wurde, von diesen Vorgängen Kenntnis. Sie rückten in die Stadt ein, bemächtigten sich des Schlosses wieder, deren Haupteinmarsch ein beherzter Posten durch eine schwere eiserne Tür geschlossen hatte und stellen nach wenigen Stunden die Ordnung wieder her.

Die Mörder Neurons.

Berlin, 18. Juni. Die verschiedenen Morgenblättern aus Dresden gemeldet wird, sind die Mörder des sächsischen Kriegsminister Neuron jetzt ermittelt worden. Den Schuß gab der Matrose Gottlieb ab. Der Matrose Kietz hat mehrmals mit dem Gewehrkolben auf die Hände des Ministers geschlagen, als sich dieser an dem Geländer der Augustbrücke festhalten wollte, während eine Vertreterin des „Arbeiter-Beschlusses“ dem Minister mit einer Gutmütigkeit ins Gesicht schlug.

Die Unruhen in Wien.

Die österreichische Sozialdemokratie macht jetzt dieselben Erklärungen durch wie die deutsche Sozialdemokratie im Januar: sie muß erkennen, daß gegen den Terror der Kommunisten ohne Gewalt nicht auszukommen ist. Unter den österreichischen Parteigenossen wird auch der Bismilligste nicht verworfen können, daß sie irgend etwas gegen die Revolution getan hätten. Sie haben eine vollkommene Volkswirtschaft geschaffen, was in Österreich möglich war, weil die Partei geschlossen bestand und die österreichischen Kommunisten bis vor kurzem nur ein Kleinlein bildeten. Sie haben sich die größte Mühe gegeben, in allen Dingen auf den Buchstaben des Internationalen sozialistischen Prinzips zu bestehen. Aber so wenig sie diese Haltung danach geschickt hat, von der Entente in S. Germain genau so schlecht behandelt zu werden, wie die Reichsdeutschen in Versailles, genau so wenig schließt sie sie vor den gewalttätigen Rücküberläufen ihrer eigenen Kommunisten. Die österreichische Regierung muß feststellen, daß die ungarische Regierung gewalttätige Summen nach Wien geschickt hat, um einen Ruß zu begünstigen. Gegenüber der Gewalt hat sie auch nichts weiter vermagt, als Gewalt anzunehmen: sie hat schließen lassen und das Straßenspatier Wiens hat sich mit Toten und Verwundeten bedeckt. — Friedrich Adler, der den Oesteren Stikrah Wrote, wird nun gleichwohl von den österreichischen Kommunisten als „Bluthund“ beschimpft werden, der zu einer Regierung gehört, die auf Arbeiter habe schließen lassen.

Jedenfalls zeigt sich, daß die Kommunisten überall die gleichen sind und daß auch die sozialistische und demokratische Regierung nicht um den Moment herumkommt, in dem sie zur Wehr gegen diese Gewalttätigkeiten selber Gewalt anwenden muß.

Der Parteitag.

Sechster Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Weimar, 15. Juni 1919.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Friedrich Brühne-Frankfurt a. Main, sein Stellvertreter Hendgobach, Schriftführer Hermann Kähler-Potsdam. Eine Reihe Unterzeichner der Davidsohn'schen Anträge erklärten, daß sie von einer organisierten Opposition nichts wissen und nichts wissen wollten. (Beifall.)

Es folgt die Weiterberatung der Mätfrage.

Göhen (Korreferent): Ueber den allgemeinen Gedanken der Arbeiterräte hat Einsheimer so ausgeprochen, daß ich darüber nichts mehr zu sagen brauche. Aber vor Monaten so gesprochen hätte, hätte den führenden Parteigenossen als Sparsativ gegolten. (Sehr wahr!) Manches würde in der Partei anders stehen, Scharen von Parteigenossen wären nicht davon gelaufen, wenn die Führer rechtzeitig die Mätfrage erkannt und gelöst hätten. Manches Kritik und Schärfe wäre unterblieben, wenn die Parteiführer in den Räten, die allen Arbeitern ein Symbol geworden waren, mehr als bloß eine bolschewistische Krankheit gesehen hätten. Aber die Führer machten nicht den letzten Versuch, den gefunden Kern des Mätfragegedankens herauszufassen, um mit seiner Hilfe die Arbeiter zu Mitregenten der Produktion zu machen. Die Minister und Parteiführer ließen einfach die Karte laufen, sie hat keinerlei Plan. Erst die Streikbewegungen trugen ihnen wiederwillige Konzeptionen ab, die niemanden befriedigten und auch sachlich nicht genügen. Die leitenden Genossen sind in keiner Weise führend und wegwandend vorgegangen. Das Verhalten der Regierung entspricht ganz dem der früheren Regierungen, die auch die großen Massenbewegungen nie rechtzeitig verstanden haben. Vor Monaten hätte sich durch rechtzeitiges Erkennen der Mätfrage ein fester Damm gegen Bolschewismus und Mitbestimmung bilden lassen. Die Regierung ist durch ihre Lässigkeit schuld, daß es nicht geschah.

Soll der Weg zur Sozialisierung offen stehen, so müssen wir dafür ein geeignetes Instrument schaffen. Sozialisieren lassen sich Einzelbetriebe überhaupt nicht. Das zu wollen ist Illusion. Eine neue Produktionsform läßt sich nur für ganze Gewerbe schaffen. Diese Arbeit durzuführen brauchen wir die Produktionsräte, die parteilich zusammengesetzt sein müssen. Die Unternehmer sind als Kenner und Sachverständige nicht zu entbehren, wir haben sie als Monopolisten des Kapitals zu bekämpfen, aber wir können die wirtschaftlich führenden Männer nicht an jedem Tag aus der Masse heraus ziehen. Nur werden aus dem Produktionsrat die sachlich Besten möglichst schnell aufsteigen. Aus den Produktionsräten soll die Kammer der Arbeit hervorgehen. Sie wird aus den sachlich geschäftlichen Leuten bestehen und das Ganze der Wirtschaft übersehen. Bei berufsmäßiger Auswahl kommen die Besten viel eher an die Spitze, als in den Parlamenten. Produktionsräte und Kammer der Arbeit werden den außerordentlich gefährlichen Betriebsorganismus der Allparteilichkeit überwinden helfen. Sie werden die Produktionsräte haben, und der Sozialismus ist nur eine der Methoden, um den Ertrag der Arbeit zu steigern. Ist er infolge weltwirtschaftlicher Verknüpfungen oder aus anderen Gründen nicht produktionsfördernd, so ist er eben abzulehnen.

Die Kammer der Arbeit soll die den Wirtschaftsfortschritt hemmenden Funktionen des Parlamentarismus überwinden helfen. Dazu bedarf sie gestiegene Macht und weitestgehender Befugnisse. Kontrollfähigkeit ist immer nur ein Nothbehelf. Sie jetzt übrigens beim Kontrollrat eine viel höhere Sachkenntnis voraus, als beim kontrollierten. Die Kammer der Arbeit soll gleichberechtigt mitarbeiten. Nun soll freilich eine zweite Kammer wieder das Parteiprogramm sein. Als ob das allein unverfehrt durch die Stämme der Revolution hindurchgehen müßte! Sie scheint ein Zweikammerystem viel besser demokratisch. Die Parteien und die Mehrheit schüben im Volkswort ihre Regierung unter dem Gesichtspunkt der kollegialen Solidarbeit. Eine Kammer, die alle Macht und Gewalt hat, braucht ein Gegengewicht, sonst führt sie zu Anarchie und Chaos. Nun haben wir ja das Staatenhaus, aber das ist nur ein Reststück der Nationalversammlung. Durch die Kammer der Arbeit bekämen wir kein Dreikammer-system, sondern das Staatenhaus und die ganze kleinräumliche Zerstückelung würde sehr bald verschwinden. Volkshaus und Kammer der Arbeit würden sehr gut miteinander arbeiten, denn der Drang zu gemeinsamer Arbeit ist in Deutschland gegenwärtig sehr groß. Gegen die Kammer der Arbeit soll sprechen, daß auch die Konterrevolution sie hinfällig beurteilen. Aber das ist doch kein Argument. Wie schlecht mußte dann unser militärisches System sein, das den Konterrevolution doch ausnehmend gefällig (Heiligkeit und Jurte: Ist auch schlecht!) Der Regierungsentwurf will das Reichswirtschaftsamt nur in grundlegenden Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung gutachten hören. Ich hoffe, daß die Regierung darin noch gründlich unternehmen wird. Nahe genug haben wir vom Zentralrat es ihr gelegt. Die Betriebsräte können als Funktionäre der Gewerkschaften nur im Betrieb wirken. Werden sie darüber hinaus zu Betriebsbetriebsräten und einem Reichsbetriebsrat zusammengeschlossen, so machen sie den Gewerkschaften eine unzulässige Konkurrenz. Während den Betriebsarbeiterräten also zu große Befugnisse zugestanden werden, sind die Befugnisse der Produktionsräte selbst weitgehend genug. Dabei sagt die Regierungsvorlage selbst: „Das Solidaritätsgesetz innerhalb der einzelnen Berufsgruppen ist die stärkste geistlich-politische Maß.“ Die Mätfrage dieser Weise hat sich an der politischen Stellungnahme der deutschen Bauernschaft klar erweisen. Wir sind bisher ganz überwiegend Vertreter einer reinen Konsumentenpolitik gewesen und sollten uns freuen, wenn wir eine Kammer der Arbeit bekommen, in der ganz offen das Berufsinteresse vertreten werden kann, so daß es nicht mehr die allgemeine politische Vertretung zu vermissen braucht. Gegenüber dieser zweiten Kammer der Arbeit ist das Zentralität des Reichswirtschaftsrates der Regierungsvorlage gering einzuschätzen. Denn Regierung und Parlament sind ja eins und gegen die Regierung ist im Parlament auch nichts durchzuführen.

Dieser Parteitag bedeutet in der Mätfrede, in der es sich um Leben und Sterben der deutschen Wirtschaft handelt, einen neuen Kurs. Dieser bedeutet er nicht auch politisch die Wendung, die man draußen im Lande vielfach erhofft hat. Die politischen Schwierigkeiten werden wachsen und fortbestehen. Umso wertvoller, wenn wir wenigstens in der Mätfrede den bewirkenden und heilsamen Auf nach der Mätfrede zum Schwachen bringen. In Russland lagen die Voraussetzungen für die proletarische Diktatur hundertfach günstiger als bei uns. Man denke nur an die Stimmung der Bauern. Wir können ohne Hilfe der Arbeiterräte weder sozialisieren, noch neue Arbeitssinn finden, aber den Unjinn der Mätfrede hat Russland eindeutig bewiesen. Hoffen wir, daß es uns gelingt, aus den politischen und wirtschaftlichen Wirren Deutschlands zu retten, dem unsere ganze Liebe, unsere ganze Arbeit, unser ganzes Schaffen gebührt. (Beifall.)

Kaschewski: Den Übergang zu einer Klassenlose Gesellschaft kann nicht eine neue Konstitution bilden. Jede diktatorische Herrschaft wird krupt, auch ein unumrängliches Parlament. Deshalb brauchen wir gegen den Mißbrauch des Parlamentarismus Sicherungen: Schutz der Minderheit, Selbstverwaltung und Volksabstimmung, die Göhen ganz übersehen hat. Aber das alles steht im Rahmen der Demokratie und meidet die Gewalt und ihre Brutalitäten. (Sehr laut!) Es ist keine Schande erwacht zu werden.

den, daß wir in der Frage der Arbeiterräte gewisse Schwankungen durchgemacht haben. Im wesentlichen knüpfen wir an Gedanken, die wir schon im Arbeiterführerjahr von 1885 niedergelegt haben. Den autonomen Betriebssozialismus durch die Betriebsräte müssen wir ablehnen es ist übrigens gar kein Sozialismus, sondern Syndikalismus und Anarchie. Gewerkschaften und Arbeiterräte können sich ergänzen. Die einen haben die viel größere Heberkraft und Sachkunde, die anderen die genaue Kenntnis und enge Beziehung zum Produktionsvorgang selbst. Solange in der Vertretung und Verwaltung die Demokratisierung nicht vollzogen ist, muß die Klassenherrschaft der Besitzenden noch überdauern. In Kommern und Ostpreußen fühlten sich die Juncker schon wieder als Herren. Deshalb sollte der Parteitag von der preussischen Regierung die Anerkennung und Förderung der Arbeiterrie bis zu dem genannten Termin verlangen. Die Betriebsräte brauchen nicht unbedingt paritätisch zusammengesetzt zu sein. Ihr Gedanke hat noch eine große Zukunft. Schon 1870 hat Liebknecht in seiner Broschüre „In Schutz und Trutz“ erklärt, im Zukunftsstaat würden nicht parlamentarische Laien, sondern wirtschaftliche Sachverständige regieren. In der Tat bildet sich eine selbständige gesellschaftlich wirtschaftliche Organisation heraus. Die kulturellen Interessen gehen allmählich in die Hände freier Verbände über. Der Staat wird nicht abgeschafft, aber er stirbt ab. (Beifall.)

Sollmann-Geln: Wenn wir hier die Richtlinien unserer Stellung festgelegt haben, werden die Genossen die Pflicht haben, sie auch draußen gegenüber dem schädlichen und unsinnigen Schlagwort von der Rätediktatur zu betreten. Vorunter wir leiden ist nicht die Schwäche der Regierung, sondern die geistliche Unfähigkeit und der Mangel an Mut bei unseren Vertrauensleuten. (Sehr wahr!) Sie trauen sich nicht, die ganze Nationalversammlung und Regierung zum Frühstück aufzufressen, aber sie sind elende Feiglinge, wenn sie die Politik der Partei gegenüber einem unabhängigen oder einem kommunistischen betreten sollen. (Lebige Zustimmung.) Das Rätesystem darf nicht die Ursache neuer politischer und sozialer Stürme und Verzerrungen sein. Das Zweikammerystem wäre ein Element dauernder Unruhe. Der Ausbau des Rätesystems erscheint mir wichtiger als zehn neue Sozialisierungsmaßnahmen, aus denen uns bisher nur mißlungene Früchte angrünen. Aber auch die Räte können nur zum Sozialismus vorwärtsführen, wenn die Menschen durch die Schule der sozialistischen Wissenschaft und Ethik gegangen sind. Leider herrscht nun in der Arbeiterklasse viel mehr Verwirrung als Wissenschaft und unter ihnen führen eine so teuflische Gefährlichkeit, daß auch nicht das ABC der sozialistischen Ethik da ist. Die große Masse der Arbeiter hat den biblischen Wunderglauben verloren, aber glaubt an den Heiland der Rätediktatur, der sie von aller Not befreien soll. Diesen Märchenglauben an das Rätesystem müssen wir bekämpfen. Die Arbeiter müssen die Erkenntnis behalten, daß die Hebung ihrer Klasse und die Sozialisierung der Wirtschaft nur langsam vor sich gehen kann. Die Räte dürfen nicht der Tummelplatz der Wankstalten werden. Wir haben einen Ueberfluß an rednerischer und einen entsetzlichen Mangel an agitatorischer Bekämpfung. Wir brauchen ein Rätesystem kein Rätesystem. Die kommunalen Arbeiterräte sind vielfach nicht besetzt, sondern haben sich durch die eigene Unvernunft unmöglich gemacht. Die Unternehmer erwarten, daß sich auch die Betriebsarbeiter sehr rasch abwirtschaften werden. Da haben wir eine ungeheure Erziehungsaufgabe bei den Mitgliedern der Räte zu leisten. Gerade in diesen wirtschaftlichen Fragen ist unsere Literatur erschreckend kümmerlich. Wir haben in Deutschland der Demokratie durch die Revolution zum Siege verholfen. Möge durch uns auch der Sozialismus siegen — mit Hilfe der Demokratie! (Beifall.)

Hütter-Berlin: Die Rätedemokratie ist insofern eine künstliche Sache, als sie einfach russische Vorbilder nachmacht. Dabei sind die Räte dort nur ein Notbehelf für die fehlende Gewerkschaftsarbeit. Die deutschen Gewerkschaften kämpfen schon viele Jahre zehnte gegen den Herrn-im-Haus-Standpunkt und für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Freilich wissen sie etwas mehr vom Wirtschaftswesen als die Arbeiterräte, die das Unternehmerkapital im Gedächtnis des Betriebes zu jagen gingen. (Geilerkeit.) Das Zweikammerystem würde die Demokratie gefährden. In den Kommunen haben die Arbeiterräte manches gute gewirkt und manche Schöpfung aufgebracht. Aber gegenüber der zurückgebliebenen Demokratie haben sie kein Erstlingsrecht mehr.

Kramm-Rost: Der russische Kugel war Propaganda der Rätediktatur sollt noch immer im deutschen Lande und überdies ist ein Hauptfeindfeind dafür. Unter keinen Umständen darf die Produktivität der Arbeit, die seit der Revolution vielfach um die Hälfte gesunken ist, weiter so gering bleiben, sonst berufen wir doch in das russische Elend. Die Fragen des Rätesystems a. B. regionale oder betriebliche Wahl sind außerordentlich wichtig. Wir werden sie ganz genau heute nicht vermissen lösen. Aber wir werden den Genossen wenigstens feste Richtlinien geben, damit sie wissen, wie sie als Parteigenossen zum Rätesystem zu stehen haben.

Kahmann-Dresden: Sozialisierung, Rätesystem sind zu Schlagworten der Politik geworden, mit denen man der Abwanderung nach links glaubte Einhalt bieten zu können. So hat Deime gerade behauptet, daß die Beschlüsse des zweiten Parteitagess mehr bedeuten als eine hundertjährige Arbeit der Nationalversammlung. (Lachen.) Die Anhänger dieser Ideen werden damit ebenso Schiffsbruch erleiden, wie mit ihren Utopiepropheten. Denn die Politik ist eine einzige große Irrung. Cobens Diktatur war die der verhassten Gelegenheiten. Er kam post festum und hatte nie die Neigung, rechtzeitig die Führung der Geschäfte zu übernehmen. (Rufe: Die Neigung war sogar sehr vorhanden!) Geilerkeit! Die Zeit des zweiten Parteitagess war gewiß kritisch. Das hat Cobens für sich ausgespielt und hat zusammen mit Rakits den Rätedemokratie beidermaßen, ihren Ideen zu folgen und damit das Unglück vom Lande fernzuhalten. Nur so konnten diese tranken Ideen eine Mehrheit finden. Der Rätedemokratie ist mißbraucht worden, wobei nur bedauerlich ist, daß auch unsere Genossen auf ihm sich zu diesem Mißbrauch hergegeben haben. (Beifall.)

Schmidt-Hamburg: Wir in Hamburg haben schon im November 1918 einen Arbeitererrat gehabt, der einen Generalstreik zur Beendigung des Krieges durchführen sollte. Er erlag schließlich der militärischen Gewalt. Unser jetziger Arbeitererrat pendelt hin und her und weiß nicht recht, was er will. Dieser Wirrwarr soll nun endlich morgen beendet werden, denn morgen sollen entscheidende Beschlüsse gefaßt werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß in der jetzigen Zeit jeder Arbeiter an Arbeitsleistung hergeben muß, was er hergeben kann. Vor dem Schlagwort Sozialisierung müssen wir uns hüten.

Bauer: Es ist unrichtig, daß die Partei in der Rätedemokratie eine Wandlung durchgemacht hat. Wir haben schon in den ersten Wochen der Revolution uns gegen das Programm der Kommunisten gewendet: alle Macht den Arbeitern und Soldaten. Das hat auch die damalige Regierung getan, die zur Hälfte aus unabhängigen bestand. Wenn die Unabhängigen heute eine andere Stellung zur Rätedemokratie einnehmen, so hat sie sich gewandelt, nicht wir. Unser Standpunkt ist der alle geblieben. Wir glauben nicht, daß ohne genügende Vorbereitung im Handumdrehen diese Frage geregelt werden kann. Wenn man der Regierung nachsagt, daß sie nicht genug produktive Arbeit geleistet hat, so mögen sich gerade diese Kritiker an ihre eigene Kräfte schlagen. Sie überdachten und geradezu mit unproduktiver Arbeit, jeden Tag muß ich mich persönlich mit Streikverletzungen auseinandersetzen, die unüberantwortliche Forderungen stellen und uns kostbare Zeit rauben. Die Entschickenen Sinsheimer und Kabenlein überweilt

Der Parteitag am besten an die Fraktion, da über alle Einzelheiten heute doch nicht durch die Mehrheit entschieden werden kann. Wir müssen viel mehr an politischer Erziehung arbeiten als bisher. Im Augenblick ist die Entwicklung die, daß die radikalste Forderung die größte Zustimmung findet. Vor allem gilt das für die Angestellten, die früher nicht den Mut zu irgend einem Kampf mit den Unternehmern aufbrachten und heute alles fordern und durchsetzen wollen. Sie stehen unter der Führung junger unreifer Menschen, die sich mit einer Heberhebung sondergleichen über uns verhalten und veraltete Menschen ohne Verständnis für die neue Zeit äußern. (Sehr richtig!) Sie halten jeden jungen Mann für den geborenen Betriebsleiter. So geht es aber wirklich nicht. Wir müssen daran festhalten, daß die Leitung eines jeden Betriebes in den Händen des verantwortlichen Betriebsleiters liegt. Wenn in Hamburg ein so großer Wirrwarr herrscht, so liegt das mit daran, daß dort den unabhängigen Kommunisten vielmehr Einfluß in den Arbeiteräten eingeräumt ist, als ihnen der Fall nach zusteht. Man hält dort die Partei unter allen Umständen aufrecht. Kürzlich war eine Vertretung des Hamburger Arbeiterrates in Berlin und diese Unabhängigen und Kommunisten hielten mir Vorträge, in denen ein so großer Unsinn verzapft wurde, daß einem fast die Veremischung überkommen konnte. (Hört, hört!) Sie sagten, daß in Hamburg die Betriebe schon vollkommen von den Arbeitern verwaltet würden. Man stelle sich das nur einmal praktisch vor. Auf der einen Seite steht der Inhaber oder das Direktorium, auf der anderen Seite der Betriebsrat. Ein wichtiger Einkauf, von dem Millionen abhängen, steht bevor und muß schnell befristet werden. Und nun wird zwischen dem Betriebsrat und der Leitung Stunden- oder tagelange Verhandlungen, bis der Einkauf langsam von anderer Seite abgeschlossen ist. Eine solche Entwicklung ist unmöglich. Wohl aber muß der Arbeiter Einblick erhalten in die Fragen der Arbeitsweise, der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen und weiter zu gehen ist unmöglich. Auch in Desterreich hat die Gewerkschaft weitergehende Forderungen abgelehnt. Das Mitbestimmungsrecht darf nicht übertrieben werden. Im Januar und Februar sprach noch kein Mensch davon, im Herbst aber geht es schon als selbstverständlich, daß kein Angestellter eingestellt oder entlassen werden darf, ohne die Zustimmung des Betriebsrats oder Angestelltenausschusses. Natürlich sind gewisse Schutzbestimmungen notwendig, schon damit nicht unabhängige Betriebsräte die Anstellung mehrheitssozialistisch gestimmter Bewerber verhindern können. (Sehr richtig!) So etwas soll vorkommen. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsleitung zuzulassen, natürlich auch unter Beachtung gewisser Kontrollen. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Betriebsräte ist auch von Parteimitgliedern in Grund und Boden kritisiert worden. Man kann aber nicht jungen Weisheiten Menschen die Geheimnisse eines großen Betriebes anvertrauen. Vertrauensmänner der Angestellten können nur einvernehmlich verlässliche Leute werden. Man muß 25 Jahre als das Mindestalter nehmen und viellecht eine dreijährige Befähigung im Betriebe. Die Kritik der Parteipresse an diesem Entwurf war beifall geradesu unterauswärtlich. Das gilt besonders für das „Hamburger Echo“. Die Gewerkschaften haben sich nicht überlebt. Millionen strömen ihnen zu. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich schämen, daß in den letzten Monaten vielfach ganz nach sozialistischer Methode Unternehmer durch den Terror, so direkt durch Täuschungen zur Anerkennung von Forderungen gezwungen worden sind. Wenn die Arbeiter den Terror gegen sich selbst ablehnen, dürfen sie ihn auch nicht gegen andere anwenden. (Sehr richtig!) Die Betriebsräte müssen Einrichtungen der Gewerkschaft sein, denn es geht nicht an, daß jeder Betriebsrat eines Betriebes nach eigenem Gutdünken schaltet und waltet. Wir müssen unseren alten Ideen treu bleiben, selbst wenn Hunderttausende nach links abwandern sollten. Wir bieten damit der Arbeiterklasse und unserem Volk. Wir halten uns frei von allen Uebertriebungen. Wir machen es nicht so, wie die Angestellten, die sich jetzt von Reuten führen lassen, die in kürzester Zeit mit einem Puffschub von bürgerlichen Anschauungen direkt zu den Unabhängigen oder sogar zu den Kommunisten übergesprungen sind. Und die vielfach kenntnislosen und unerfahrenen Angestellten sind für ihre politischen Zwecke auszunutzen. (Sehr richtig!) Unsere Stellung gegenüber ist nicht einfach. Aber die Genossen sollten es sich dreimal überlegen, ehe sie die Regierung angreifen (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

May-Cöhen (Schlußwort): Das Festhalten an der alten Ueberzeugung darf kein starres Festhalten sein. Wenn Hunderttausende nach links abwandern, so muß das einen berechtigten Kern herauszubilden. Ob es bei einem Zweikammerystem gut gehen wird, kann heute nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Die Gegenseite kann aber auch nicht beweisen, daß es unter allen Umständen schlecht gehen muß. Wir wissen nur so viel, daß alle Demokratien der Welt das Zweikammerystem hatten und daß es nur in ganz seltenen Fällen zu Revolutionen gekommen ist. Wenn wir heute dem Reichswirtschaftsrat politische Rechte verweigern würden, er würde sich nicht unter schweren Kämpfen nehmen. Diese Kämpfe sollten wir durch rechtzeitiges Entgegenkommen vermeiden. Es ist unverständlich, warum wir mit einer Pajstigkeit, wie sie nur mit der Pajstigkeit der Juncker beim Dreiklassenwahlrecht verglichen werden kann, am Einflammerystem festhalten. Selbst wenn der Parteitag meine Anschauungen ablehnen sollte, so beweist das nichts gegen ihre Güte. Diese Ideen werden sich schon durchsetzen.

Dr. Sinsheimer (Schlußwort): Wir bleiben dabei, daß wir diese Kammer der Arbeit mit aller Macht bekämpfen müssen. Es kann der Zeitpunkt kommen, wo wir im Parlament die Mehrheit für uns gewonnen haben und wo wir dann an dem Ausbau der politischen Freiheiten durch dieses berufsständische Parlament gehindert werden. Die deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung hat sich gestern für die berufsständische Kammer entschieden. (Hört, hört!) Wir haben gar keine Veranlassung, Hand in Hand mit den Deutschnationalen für diese alte überlebte Idee einzutreten, denn es handelt sich um nichts Neues. (Sehr richtig!) Hüten wir uns davor, Illusionen nachzugeben. Gewiß bedarf die politische Demokratie der Kontrolle, aber diese Kontrolle ist in der Demokratie selbst vorhanden. Die Demokratie heißt die Wunden selbst, die sie schlägt, so hat Lassalle einmal treffend gesagt. Das Führerproblem in der politischen Demokratie wird jetzt von neuem gestellt werden. Das Wesen der Demokratie besteht darin, daß die Pajstigen an die geeignete Stelle kommen. Ein Uebermaß an Kontrolle lehnen wir ab. Nur soll der parlamentarischen Kontrolle von oben die Kontrolle von unten durch die Arbeiterräte an die Seite gestellt werden. Diese Kontrolle ist für die gesamte Verwaltung von Wert, auch für die Verwaltung in der Gemeinde. Deshalb bedauere ich, daß in diese Entwicklung durch einen Entsch der preussischen Regierung eingegriffen worden ist. (Sehr richtig!) Die Regierung von heute darf nicht verneinen, daß sie ein Produkt der Revolution und aus den Arbeiteräten hervorgegangen ist. (Lebige Zustimmung.) Es wäre zu wünschen, daß die Regierung diese Herkunft niemals vergessen würde. Die Regierung darf in der Rätedemokratie nicht erst dann handeln, wenn die Flammen schon emporzischen. Eine Regierung muß weiterleben, als wir anderen. Sie darf sich nicht vor fertige Katastrophen stellen lassen. Das war die Weibsmannische Regierungsmethode des „zu spät!“ Dieses schredliche Motto „zu spät!“ darf nicht wieder zum Motto einer Regierung werden. Unsere Regierung muß schäferisch und voranschreitend zur rechten Zeit die notwendigen Maßnahmen treffen. Noch ist es nicht zu spät. (Beifall.)

In der Regierung wird der Standpunkt Cobens gegen eine Stimme abgelehnt. Letztliche Dr. Sinsheimer und ergänzende

Beifolge Kabenlein werden gegen diese eine Stimme gebilligt. Ein Antrag, das Rätesystem bei der Eisenbahn einzuführen, wird abgelehnt.

In den Bildungsausschuß werden gewählt: Frau Bohm-Schuch, Prof. Cunow, Dr. Franz Dietrich, Gehmann, Korn, Heinrich Schulz, Hellmann, Lbbe und Schred.

Es folgt die Erledigung der noch vorliegenden Anträge. Ein Antrag, am Bohstage die Kinos und Theater zu schließen, damit die Bahnhandlung durch nichts beeinträchtigt wird, wird abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag Frankfurt a. M., wonach als Fürsten und früheren Throninhaber ohne Pension abgefunden werden sollen. Anträge auf Schaffung eines zeitgemäßen kommunalpolitischen Programms gehen an den Parteivorstand, ebenso Anträge auf Vereinfachung von Schrebergärten vor den Toren der Großstädte zugunsten der minderbemittelten Bevölkerungsschichten. An den Parteivorstand geht auch der Antrag auf Schaffung eines sozialdemokratischen Bauernvereins, ebenso der Antrag auf Anstellung von zwei weiteren Sekretären im Parteivorstand. Abgelehnt wird der Antrag auf Schaffung einer einheitlichen Weltsprache. Einstimmig Annahme findet ein Antrag, der dem Münchener Kommunisten Toller das Schicksal Ledines erziparen will. Einstimmig verurteilt werden alle Genossenschaft von links und von rechts. Es wird die Forderung erhoben, daß gegen die Attentäter und Mörder der Minister Auer und Neuring rücksichtslos vorgegangen wird. Anträge auf Verbesserung des Loses der Kriegsgefangenen werden einstimmig zum Beschluß erhoben, ebenso unter lebhaftem Beifall ein Antrag Saarbrücken, der für den Fall, daß der Friedensvertrag die Besetzung des Saargebietes von Deutschland entfällt, den Parteivorstand beauftragt, kein Mittel unversucht zu lassen, um die organisatorischen Beziehungen mit der Parteiorganisation des Saargebietes nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten.

Schließlich wird angenommen ein Antrag Hermann Müller-Dobbin:

Der Parteivorstand beurteilt alle Uebergriffe, die sich deutsche Truppenführer und Truppen gegen die rechtmäßigen Volksregierungen Lettlands und Estlands zuzuschreiben kommen lassen. Das Selbstbestimmungsrecht des lettischen und estnischen Volkes muß in jeder Weise gewahrt werden.

Der Parteitag fordert, daß die von den lettischen und estnischen sozialistischen Parteien über diese Uebergriffe mitgeteilten Beschreibungen schnelligst nachgeprüft und die Schuldingen zur Rechenschaft gezogen werden.

Er fordert ferner, daß die noch im Baltikum stehenden deutschen Truppen schnelligst zurückgezogen werden. Die Kampfhandlungen sind sofort einzustellen, da für die Zwecke baltischer Juncker kein Tropfen deutsches Blut vergossen werden darf. Gegenüber den Ententeeregierungen hat die deutsche Regierung auf der schnelligsten Zurückziehung der deutschen Truppen zu bestehen.

Der Parteitag erwartet weiter, daß die Regierung alle zulässigen Mittel anwendet, um das Ueberlaufen deutscher Soldaten zur baltischen Landeswehr zu verhindern, das seit Mitte Mai eingeleitet hat. Offiziere, denen eine Begünstigung dieser Ueberlauferei nachgewiesen werden kann, sind sofort zu entlassen.

Die deutschen Soldaten sind ferner darüber aufzuklären, daß sie sich im Falle des Ueberlaufens nicht nur des Schutzes der deutschen Republik begeben, sondern im Falle späterer Rückkehr auch der Gefahr der Verhaftung wegen Ueberlaufens aussetzen. Die Soldaten sind vor den Landverprechungen zu warnen, da das lettische Volk nach dem Kriege eine Unschuldungspolitik nicht dulden wird, die in irgendeiner Form eine Ueberaufsichtigung der Vormachtstellung der Juncker im Baltikum ermöglichen würde.

Vor. Schulz: Nunmehr sind sämtliche Anträge erledigt und unsere Beratungen am Ende. Unser Parteitag ist ohne Ueber, reichende äußere Störungen verlaufen. Wir haben die Verhandlungen ohne Ueberstützung in traffer konzentrierter Erledigung zu Ende führen können und haben in allen Fällen einseitige Entscheidungen herbeigeführt. Der Parteitag ist auch durch die ungeheure Erregung des gesamten politischen Lebens nicht gestört worden. Es war unser erster Parteitag seit dem Siege der Revolution, wenn wir von dem Würzburger Parteitag absehen, der erste Parteitag seit 6 Jahren. Welche gewaltige Veränderungen haben sich seitdem vollzogen! Die ganze Welt ist grundlegend verändert worden. Wir stehen seitdem mitten in der Weltrevolution. Der Krieg war bereits Revolution, war die gewalttätige Liquidation der Weltpolitik des Kapitalismus. Aus dem Blutmeer des Krieges, aus den Trümmern der zusammenbrechenden alten Welt erhebt sich der Sozialismus als Sieger des Weltfriedens und Erlösung vom Fluche der Ausbeutung und des Militarismus. Wenn wir wirklich Revolutionäre im Sinne von Karl Marx und nicht nur Putschisten im Deutschnationalen sein wollen, müssen wir die Uebergriffe von diesem höheren historischen Standpunkte aus überdenken, würdigen und gestalten helfen. (Beifall.) Wohl machen die Verhältnisse den Menschen, und es ist deshalb nach, wenn einzelne glauben, die Revolution sei für Wert. Aber die Menschen gestalten auch die Verhältnisse. Gerade darum sind wir ja eine sozialdemokratische Partei, und unsere ganze unermüdliche jahrelange Arbeit hat die Ereignisse vorbereitet, die wir jetzt durchleben. Darum sind wir Sozialdemokraten, als die Zeit erfüllt war, am 9. November auf den Plan getreten und haben dafür gesorgt, daß die Revolution weder erwürgt und erstickt, noch durch den Fanatismus ungezügelter Elemente zu Fall gebracht wurde. Möge sie ihr segensbringendes Werk vollbringen bis zum Ende zum Heile der Menschheit. (Beifall.) Diejenige Partei hat auch der jetzt heidete Parteitag gedient (Bravo!) Wir haben uns auf ihm um die Erreichung des Weltfriedens bemüht, aber auch um die Wiederherstellung des eigenen unglücklichen und noch um allen hoch so geliebten deutschen Volkes. Wie tiefes Verlangen und unerkannt ihrem geliebten Volke dient und alle Massen erst fallen läßt, als der Wodube den Stahl auf sein Herz zückt, so haben die deutschen Arbeiter jahrelang unermüdet und verkannt um das deutsche Volk gedient und gelitten. Erst jetzt, da die bereinte Macht festgestrunkener Machthaber unserer geliebten Deutschland das Messer an die Kehle setzt, enthüllen seine Arbeiter den letzten und besten Kern ihres Weisens. Jetzt springen sie überall für das gefährdete deutsche Land in die Weiche, ohne die deutschen Arbeiter, ohne die deutsche Sozialdemokratie kein Deutschland, in dem zu leben, für das zu wirken sich lohnte. (Stürmischer Beifall.) Aber sie tun das nicht nur um Deutschlands willen, sondern im Sinne Fichtes, der Patriot war, weil er Revolutionär war. Wir wollen das freie Deutschland als Mittel der Freiheit überhaupt. Nur ein freies Deutschland kann die Freiheit gründen wie Fels im Meer. Nur ein freies Deutschland kann die Fundamente der sozialistischen Wirtschaftsordnung legen. Nur ein freies Deutschland kann den sozialistischen Brüdern die Hand reichen zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische und militaristische Herrschaft zum Wiederaufbau der sozialistischen Internationale, der Bahnbrecherin und zuverlässigsten Stütze des Völkerbundes. (Bravo!) Möge der Parteitag diesen hohen Zielen gedient haben, möge er den Widerstrebenden drinnen und den Zweifelnden und Zaudernden draußen gezeigt haben: eine neue Zeit ist da, wir schmieden das Eisen, schmieden es mit uns! (Stimm. langanhaltender Beifall.) Die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie als Glied der revolutionären sozialistischen Internationale, sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmen begeistert in den Hochruf ein und singen die Arbeitermarzchalle.

Vor. Schulz: Der Parteitag ist geschlossen.

Baden.

Zur Tagung der evangelischen Generalsynode.

Im Sitzungssaal des Bad. Landtags trat am Dienstag vorm. die evng. Generalsynode zu einer kurzen Tagung zusammen, um über die Wahlordnung für eine neue Landeskirchenverwaltung Beschluß zu fassen.

Dem der zum Präsidenten bestimmte Stefan Schmittheimer die Synodalen begrüßt und die Tagung eröffnet hatte, wies der Präsident des evng. Oberkirchenrats Dr. Uibel darauf hin, daß den Wünschen der Kirche die Randversammlung im allgemeinen wohlwollend entgegenkomme, nur ein Hauptwunsch sei nicht erfüllt worden, nämlich derjenige, den Religionsunterricht als Pflichtfach in der Verfassung voranzutreiben.

Sodann erläuterte namens des Verfassungsausschusses seinen Vorsitzenden Kammergenossen E. Frey den Bericht über die Vorlagen zur Wahlordnung und legte der Synode nahe, einem Vermittlungsvorschlag zuzustimmen, der die Urwahlen vorzieht, aber bei der Verteilung der 70 Abgeordneten auf sieben Wahlkreise auch die Kirchengemeinden berücksichtigt und die persönliche und mündliche Annahme zur Wahlkreise verlangt.

Am der Aussprache über die neue Wahlordnung legte Pfarrer Wirth-Bretten den Standpunkt der Positiven dar. Gegen das Frauenstimmrecht, wie gegen die Verhältniswahl und die Urwahlen beständen bei seiner Partei lebhafteste Bedenken, da dadurch das Parteiwesen nur verstärkt würde.

Namens der Liberalen betonte Pfarrer Pasinger-Vortsch, daß der gute Wille zur Verständigung auch von seiner Seite geliebt worden sei. Auch seine Fraktion stehe auf dem Boden des Vermittlungsvorschlags, wünsche aber, daß die Zahl der Abgeordneten auf 80 bis 84 erhöht werde.

H. Die bad. Landwirtschaftskammer als Arbeitgeberin. Aus Korbheim schreibt man uns: Bei der Landwirtschaftskammer (Versuchsanstalt Korbheim) waren den Winter über bis spät ins Frühjahr hinein circa 30 Mann (meistens kurz vor der Heimkehr) mit Holzhausen beschäftigt und zwar war die Arbeit im Afford bergend. Gleich nach Beginn der Arbeit hatten die Leute oft Schwierigkeiten, um von ihrem lauer verdienten Gelde Abschlagszahlungen zu erhalten.

Immenbingen, 18. Juni. Die Verödung der Donau nimmt ihren Anfang. Das Flußbett ist bei Wörningen an vielen Stellen unterbrochen. Das Aufhören des Zuflusses der Schwarzwald-Donau und damit die Trockenlegung dürften in kürzester Zeit eintreten.

Waldshut, 19. Juni. Ueber die Bodenkrankungen in Unter-Oben wird berichtet, daß dort im ganzen fünf Personen gestorben sind. In der letzten Zeit sind aber dort ebenso wie in Säckingen neue Fälle nicht gemeldet worden.

Zottnow, 19. Juni. Bei einer Hochzeitsfeier kam es unter Familienangehörigen zu Zwistigkeiten. Der Mann entfernte sich und wurde später in einem Teich in der Nähe des Ortes als Leiche aufgefunden.

Diebstahl eines Feinde. r. Ottenau, 14. Juni. Diebstahl eines Feinde, segnet die Suchstuden usw., so sprach Jesus zu seinen Jüngern diesen Spruch hat der hiesige Ortsparter Scheinbar aus seinem Gedächtnis verloren.

Fuhrleuteckel in Mannheim. Die Fuhrleute der Güterhändler und sonstigen Fuhrbetrieben, deren Forderung einer Feuerungszulage nicht bewilligt worden ist, sind in den Streit getreten.

Gemeiner Schwindel und Betrug. Aus Offenburg, 15. Juni, wird uns geschrieben: „Gemeiner Schwindel und Betrug“ wirft der Alte Offenburger heute dem Volksfreund vor, weil dieser sich geweigert hat, in aller Form eine Angeberei wegen einem gewissen hiesigen Herrn zu

begehen, der seit langem andere Leute wegen Dummheit verfolgt, während er selbst dies Geschäft mit großer Gewandtheit betreibt. Auf welcher Seite der „gemeine Schwindel und Betrug“ beruht wird, geht aus der folgenden Tatsache hervor. In der ersten Briefkasten-Notiz, die der Volksfreund in der vorliegenden Sache vor circa 6 Wochen brachte, hieß es am Schluß: „Es sind uns von anderer Seite in dieser Sache gleichfalls Mitteilungen von dort zugegangen, die die Moral dieses Parafäers in ein noch größeres Licht rücken. Auch diese Briefe mögen vorläufig im Koffer ruhen.“

Nachschrift der Redaktion: Wir hatten bisher immer noch geglaubt, der „Alte-Offenburger“ werde seine unerhörte Fälschung unserer ersten Notiz selbst richtigstellen. Nachdem seitdem jedoch bereits drei Stimmen von ihm herausgekommen sind, ohne daß dies geschehen ist, müssen wir selbst an die Absichtlichkeit der unerbittlichen journalistischen Mittel glauben. Und sojales verübt derselbe Parafäer, der aus einem einfachen, für jeden Eingeweihten sofort erkennbaren Schreib- oder Satzfehler in der Briefkasten-Ankündigung an den Offenburger Arbeiter unserer Nr. 124 vom 30. März, J. Genosse J. S. (abere), Offenburg“ statt P. S., Offenburg — einen Strich zu ziehen sucht! Wir glauben ebenfalls, daß die Moral des Parafäers, der im „Alte-Offenburger“ ebenso eifrig wie gewissenlos seine eigene Sache vertritt, durch die obigen Feststellungen in ihrer richtigen Gestalt hervortritt, und halten deshalb jede Zeile, die wir weiter dieser Frage widmen würden, für eine in dieser ersten Zeit doppelt unangebrachte Zeit- und Raumverschwendung.

Der Freiburger Streik.

W. Freiburg, 18. Juni. Die „Freiburger Tagespost“ berichtet vom Freiburger Streik, daß die Arbeiter in der Fabrik der Maschinenbauwerke in ein allokales Restaurant in der Kaiserstraße einströmten und in der Küche die eben fertiggeladene Suppe auf den Fußboden ausschütteten. Der Arbeiterrat sah in seiner gestrigen Sitzung zum Wirt eine Resolution, in der er die Behörden auffordert, in kürzester Weise gegen die terroristischen Akte vorzugehen, die nachweislich von der Streikleitung begangen werden.

A. Freiburg i. B., 19. Juni. Die Freiburger Gastwirte und ihre Gehilfen stehen seit Dienstag im Streik. Auf Mittwoch abend hatten sie die gesamte Freiburger Bevölkerung zu einer Volksversammlung in die Festhalle eingeladen, wozu Aufführung über die Beweggründe des Streiks. Die Wirte verlangen nicht mehr und nicht weniger als die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Freigabe des Handels.

Die Regierung bleibt fest. Wir vernahmen, daß die Regierung nicht gefonnen ist, von ihrem Standpunkt, daß auch den Wirten jeder Schlichtungsversuch ein besserer Verhör ihrer Gäste zu unterliegen sei und sie deshalb bekräftigt werden können, abzugeben. Man will vielmehr den weiteren Verlauf der Streikbewegung abwarten.

Aus der Partei.

Oberrombach. Am Samstag den 21. d. M., abends 10 Uhr, findet im Lokal zum „Storch“ Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, wozu sämtliche Anhänger unserer Sache freundlichst eingeladen sind.

r. Rastatt, 19. Juni. Morgen Samstag, 21. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Mappen“ eine sehr wichtige Parteiverammlung statt. Genosse Oskar Napp aus Baden-Baden (Delegierter des 8. bad. Reichstagswahlkreises) auf dem Parteitag in Weimar) wird Bericht erstatten. Da die Tagesordnung eine außerordentlich wichtige ist und der Bericht des verstorbenen Parteitag für jede Parteigenossin und -Genossen von hohem Interesse sein dürfte, ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.

r. Achern, 18. Juni. Am Samstag 21., abends 10 Uhr findet im alten Bahnhofs Hotel eine außerordentliche Generalsynode der Sozialdemokratischen Partei statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen, da die Tagesordnung sehr wichtig ist.

Der Kampf zur Einigung. Die Tagesordnung des vom 21. bis 23. Juni in Berlin tagenden Sozialistenkongresses lautet: 1. Politische Notwendigkeit der Einigung. Referenten: Cohn-Neuß und Ströbel. 2. Die Auslandsarbeit. Referent: Eduard Bernstein. 3. Das Mittelmeer. Referenten: Rakitski und Däumig. 4. Der Einheitsweg. Referenten: Dr. Joehahn und Wegmann.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Zustand aufmerksam machen, der im „besseren“ Viertel zu beobachten ist. Dort sind an verschiedenen Stellen schon wochenlang die Wäden heruntergezogen, ein Zeichen, daß die Herrschaften „ausgelagert“ sind, wahrscheinlich aus Angst vor einer etwaigen feindlichen Bewegung.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Zustand aufmerksam machen, der im „besseren“ Viertel zu beobachten ist. Dort sind an verschiedenen Stellen schon wochenlang die Wäden heruntergezogen, ein Zeichen, daß die Herrschaften „ausgelagert“ sind, wahrscheinlich aus Angst vor einer etwaigen feindlichen Bewegung.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Zustand aufmerksam machen, der im „besseren“ Viertel zu beobachten ist. Dort sind an verschiedenen Stellen schon wochenlang die Wäden heruntergezogen, ein Zeichen, daß die Herrschaften „ausgelagert“ sind, wahrscheinlich aus Angst vor einer etwaigen feindlichen Bewegung.

Kommunalpolitik.

I. Gondelsheim, 17. Juni. Nächsten Sonntag findet die Wahl zum Gemeinderat statt. Die Gegner der Sozialdemokratie sind eifrig an der Arbeit. Der Kampf hat so ziemlich den gleichen Höhepunkt erreicht, wie bei den Gemeinderatswahlen 1910 und 1911. Die führende Geist der Bürgerlichen ist der ehemalige Postgehilfen Rabe, derselbe Wahlkäufer, der seinerzeit von seinen ehemaligen Rivalen und jetzigen Waffengebrüder verprügelt und ihm sogar sein

Arbeiter und Landwirte! Wenn ihr viele bürgerlichen Kleinrentner in Reinkultur betrachtet, so kann es euch nicht schwer fallen, für welche Partei ihr am Wahltag stimmen sollt. Die alle Hauspartei hat in erster Linie ihre Interessen und das ihrer Verwandten zu wahren gesucht, aber der Allgemeinnutzen fehlte. Mit ihrem Nachdenken und durch Unterstützung einiger Trabanten glauben sie, die Sozialdemokraten nochmals vom Rathaus fern halten zu können. Den ehemaligen Soldaten möchten wir in Erinnerung bringen, wie bei ihrer Rückkehr vom Feld die Arbeitervereine R. U. S. L. für Jun. und Jun. sie als Bauern hingestellt haben, als sie bei der Gemeinde Arbeit nehmen mußten. Wir haben uns den Hof zugezogen, als der Arbeiterrat für keine Interessen eintrat.

Zu diesen Arbeiterfreundschäffern gesellt sich nun der Krämer Rabe, weil wir hier eine Fikale des Konsumvereins Fretten erreicht haben. Arbeiter und Kleinrentner, laßt euch nicht von dieser kurzfristigen Konjunkturpolitik einfangen, denen nicht die Vertretung der Allgemeininteressen oberste Rücksicht ist. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß wenn an den oberen Stellen mit Erfolg reformiert werden soll, dann müssen in allen Körperchaften andere Männer einrücken und dazu sind in erster Linie die Sozialdemokraten berufen.

Odenheim, 18. Juni. Nächste Sonntag, 22. Juni, findet hier die Gemeinderatswahl statt. Auch unsere Partei ist dabei beteiligt und zwar haben wir unsere altbewährten und guten Genossen Oswald Metzger an erster Stelle stehen. Vor 7 Jahren hat unsere Partei zwei Genossen in den Gemeinderat gebracht: Gen. Metzger und Aug. Gen. Luz hat leider die Interessen der Arbeiterschaft in Odenheim als Gemeinderat nicht richtig vertreten, besonders während des Krieges hat manches zu wünschen übrig gelassen. Die Partei Odenheim hat deshalb beschlossen, Luz nicht mehr als Gemeinderat aufzustellen. Er geht deshalb zur Gemeinderatswahl mit ein paar guten Wetzern, welche politisch nur für ihre eigene Tasche sind, selbständig vor. An die Arbeiterschaft richten wir die Bitte, nur den Wahlzettel zur Urne zu bringen, der mit Oswald Metzger beginnt, denn Metzger und Genossen haben die Interessen der Arbeiterschaft immer gut vertreten und in Zukunft können wir uns auch auf sie verlassen.

Samstag, 21. Juni, abends 8 Uhr, findet im Saal zur „Blume“ eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Wahlarbeit und Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 20. Juni.

Ein Parteigenosse schreibt uns: Ueber den Punkt Wohnungsmangel ist schon sehr viel gesprochen und geschrieben worden, aber was ist bis jetzt geschehen? Minister Rüstert hat jüngst in der Generalversammlung des Sozialdem. Vereins gesagt, daß ein Gesetz betr. Wohnungsmangel fertig sei, und die Verfügung sofort heraus käme, wonach die großen Wohnungen gekürzt werden sollen. Aber vergebens hat man bis heute nach dem Gesetz in den Zeitungen gesucht. Woran liegt dies? Außer den großen Wohnungen wäre hier in Karlsruhe noch sehr viel andere Gelegenheiten zur Schaffung von Kleinwohnungen gegeben. Ich möchte den Vorschlag machen, eine Kommission zu bilden, vielleicht aus Staats- und Stadträten und Stadtverordneten, die dann mal die Stadt durchstreifen, sich die Häuser etwas ansehen; dabei würden sie gewiß sehen, daß so manches Haus, wo kommunale und sonstige behördliche Büros untergebracht sind, für Wohnungen geeignet wäre. Ich möchte da den Herren empfehlen, einen Gang durch die Kreuzstraße zu machen und sich mal das Steueramt und Bezirkskommando wie in der Kaiserstraße das Hauptmehldeamt und das reben im stehende Gebäude ansehen. Die Gebäude sind doch reichlich zu Kleinwohnungen herzurichten. Die in diesen Büros befindlichen Büros könnten doch gewiß in großen Staatsgebäuden untergebracht werden, die zur Errichtung von Büros besser geeignet sind, als zu Wohnungen, z. B. Kasernen.

Der Kommunalverband hat man jetzt ins Raster Rawal verlegt, also auch wieder in ein Wohnhaus. Wir sind jetzt im achten Revolutionsmonat, für den soll denn das Schloß retribuiert bleiben? Was es denn gar nicht möglich z. B. dort den Kommunalverband, das Steueramt, das Bezirkskommando usw. zu verlegen? Das Schloß ist gewiss gelegen und es würde jedermann, mochte er zu adeln hätte, wenn er in den obengenannten Büros etwas zu tun hätte. Ich meine mit dieser Angelegenheit sollte sich auch mal die maßgebenden Behörden befassen und zur Durchführung dem helfen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Zustand aufmerksam machen, der im „besseren“ Viertel zu beobachten ist. Dort sind an verschiedenen Stellen schon wochenlang die Wäden heruntergezogen, ein Zeichen, daß die Herrschaften „ausgelagert“ sind, wahrscheinlich aus Angst vor einer etwaigen feindlichen Bewegung.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Zustand aufmerksam machen, der im „besseren“ Viertel zu beobachten ist. Dort sind an verschiedenen Stellen schon wochenlang die Wäden heruntergezogen, ein Zeichen, daß die Herrschaften „ausgelagert“ sind, wahrscheinlich aus Angst vor einer etwaigen feindlichen Bewegung.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Zustand aufmerksam machen, der im „besseren“ Viertel zu beobachten ist. Dort sind an verschiedenen Stellen schon wochenlang die Wäden heruntergezogen, ein Zeichen, daß die Herrschaften „ausgelagert“ sind, wahrscheinlich aus Angst vor einer etwaigen feindlichen Bewegung.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf einen Zustand aufmerksam machen, der im „besseren“ Viertel zu beobachten ist. Dort sind an verschiedenen Stellen schon wochenlang die Wäden heruntergezogen, ein Zeichen, daß die Herrschaften „ausgelagert“ sind, wahrscheinlich aus Angst vor einer etwaigen feindlichen Bewegung.

Ein Gebettag der Trauer. Der Fronleichnamstag brachte die traurige Erinnerung an den Mord an Kaiserin Elisabeth. Gerade heute, da der französische Ministerpräsident Clemenceau in seinem Begleitbrief zu der Note der Alliierten Deutschland als ein Volk der Mörder und Verbrecher hinstellt, scheint es uns notwendig, an diesen tieftraurigen Fronleichnamstag des Jahres 1918 (22 Juni) zu erinnern. Eine Woche vor dem Beginn des Fliegerangriffes vom 15. Juni 1918, des ersten auf die Stadt Karlsruhe, bei dem 28 Menschen den Tod fanden, verflohen, als feindliche Flieger in den ersten Nachmittagsstunden ihre Bomben auf die Stadt warfen. Innerhalb weniger Minuten hatten über hundert Menschen, darunter achtzig Kinder, den Tod gefunden. Es war das größte Unglück, von dem die badische Hauptstadt seit ihrem Bestehen betroffen worden war. Selbst der Theaterbrand vom 28. Februar 1847 hat viel weniger Opfer an Menschenleben gefordert.

Ans der Stadtrats-Sitzung vom 12. Juni 1919. Gemeindevorschlag zur Reichssteuerreform. Zur Gewinnung weiterer Einnahmen für die Stadtkasse soll beim Bürgerauskauf die Zustimmung dazu beantragt werden, daß zu dem Anteil der Reichssteuerreform, welcher der Stadtgemeinde nach § 58 des Zulosegesetzes vom 14. Februar 1911 zusteht, (40 Proz. des Ertrags der Zulosesteuer) ein Zuschlag von 100 vom Hundert des städt. Anteils gemäß § 59 des Zulosegesetzes erhoben wird.

Tätigkeit des städt. Wohnungsamts. Das Wohnungsamt hat im Monat Mai 464 Wohnungen (gegen 344 im Monat April und 402 im Monat März) vermietet und und etwa 80 neue Mietwohnungen geschaffen.

Ans städt. Erholungsheim in Baden-Baden wird auch für den diesjährigen Sommer dem Ausschuss für Ferienkolonien zur Unterbringung erholungsbedürftiger Schulkinder zur Verfügung gestellt.

Sozialistische Beamte und Lehrer. Die Versammlung der sozialistischen Beamten und Lehrer findet heute, Freitag Abend 8 Uhr, in den „Alten Linden“ statt. Tagesordnung: 1. Aussprache über die bevorstehende Bürgermeisterwahl. 2. Festlegung von Kommissionen zur Bearbeitung von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, 3. Stellungnahme zu verschiedenen Anträgen. Alle geistigen Arbeiter und Arbeiterinnen werden gebeten pünktlich zu erscheinen.

Kein Zwang zur Abnahme von Holzhandeln. Dem Landespreisausschuss sind in letzter Zeit Beschwerden darüber zugegangen, daß Käufer von Lebertranwaren genötigt worden sind, gleichzeitig Kriegszigaretten, Hauskäse oder Holzhandeln abzunehmen. In der „Karlsruher Zeitung“ wird auf diese Angelegenheit hingewiesen, daß die Abnahme eines derartigen Zwanges auf die Käufer nicht zulässig ist. Verträge gegen diese Bestimmungen werden in Zukunft vom Landespreisausschuss verfolgt werden. Es ist nicht mehr wie angebracht, daß dem Verleihen einer gewissen Sorte von Schuhhändlern das Bandwerk gelegt wird. Es liegt nun an den Schuhhändlern, Lebertranwaren der Schuhhändler dem Landespreisausschuss mitzuteilen. Die Schuhhändler müssen ihre Holzfabrikate an ihre

bisher so bevorzugte Kundenschaft abgeben, selbst auf die Gefahr hin, daß die in vielen Fällen erfolgte Gegenleistung in Form von Butter, Eier usw. für die Zukunft ausbleibt.

Handwerkskammern wählen. Die Handwerker des Amtsbezirks Karlsruhe, insbesondere die Vorstände der gemeinnützigen Vereinigungen, werden auf die im Infanterieregiment erscheinende Bekanntmachung des Bezirksamts — Polizeidirektion — hier vom 12. ds. Mts. über die diesjährigen Handwerkskammernwahlen besonders hingewiesen. Auch wird auf die einschlägigen Veröffentlichungen in der „Karlsruher Zeitung“ vom 24. Mai 1919 Nr. 127 und in der „Bad. Gewerbe- und Handwerkerzeitung“ Nr. 21 aufmerksam gemacht.

Kaninchenausstellung. Der Kaninchen- und Geflügelzuchtverein R. Mintheim hält am Samstag 21. und Sonntag 22. Juni d. J. in den Lokalitäten des Gasthauses zum „Schwanen“ seine erste große Vorkaufausstellung nach diesem blutigen und schicksalreichen Kriege ab. Trotzdem fast alle Züchter des Vereins während des Krieges im Felde standen, wird die Schau circa 100 Nummern den Besuchern vor Augen führen. Die Besucher können fast alle Kaninchenrasen, von den Meisen bis zum Zwerg der Kaninchen, den Gemelen, kennen lernen. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, diese Veranstaltung kräftig zu unterstützen, da ja bekanntlich die Kaninchenzucht im wirtschaftlichen Sinne während des Krieges großes geleistet hat. Die Kaninchenzucht vertritt sich immer mehr, möge das Motto endlich zur Gewohnheit werden, daß Kaninchenfleisch Volksnahrung werden soll. Deshalb nochmals: Auf nach R. Mintheim am Sonntag ins Gasthaus zum „Schwanen“ zur Kaninchenausstellung. Günstige Kaufgelegenheit von Zucht- und Jungtieren.

Letzte Nachrichten.

Englische Vorbereitungen.

Berlin, 19. Juni. Nach einer Meldung des Verl. Lokalanzeiger aus Köln zogen gestern Morgen starke englische Truppenteile von der linken nach der rechten Rheinseite an die Grenze des Kölner Präsidienbezirks, um sich zum Einmarsch in das deutsche Besatzungsgebiet bereitzustellen. Der Straßenbahnverkehr war aus diesem Grunde bis 12 Uhr unterbrochen und auch die städtische stromlose Straßenbahn mußte sich auf eine Seite im Dome beschränken.

Die Zwischenfälle in Versailles.

Paris, 19. Juni. Die heutigen Karlsruher Morgenblätter bringen längere Schilderungen über die Zwischenfälle bei der Abreise der deutschen Delegation. So berichten die Blätter, daß die Automobile mit einem Haufen von Steinen, leeren Flaschen und anderen Gegenständen überschüttet worden seien. Graf Brodowski-Mansau, dessen Kraftwagen einen anderen Weg nahm, sei diesen Beschuldigungen entgangen. Nach dem „Reichsboten“ wurden außer den deutschen Verletzten auch zwei französische Kraftwagenfahrer durch Steinwürfe schwer verwundet. Es allerhöchstenfalls seien die Vorgänge an der Stellung von Gewehrlosp geübt. Man habe dort Steine und Ballen quer über die Straße gelegt, um die Kraftwagen zum Anhalten zu zwingen. Soldaten mußten zur Aufrechterhaltung der Ordnung herangezogen werden. Sie konnten die Manifestanten gerieten,

die jedoch im Dunkel der Nacht entkamen. Nach dem gleichen Blatte hat sich die Polizei großer Fahrlässigkeit schuldig gemacht. In Ermangelung von Gendarmen und Soldaten hätte man die Verfaller Stadtpolizei und die Feuerwehrt zur Hilfe und zur Wiederherstellung der Ordnung herangezogen. Bestern nachmittags sind der Präsident des Departements Seine-et-Oise sowie der Oberst Henry zu Clemenceau herufen worden. Oberst Henry konnte ohne weiteres nachweisen, daß er mit der Polizei nichts zu tun habe und ihm keine Verantwortung teffe. Dagegen habe die Erklärung des Präsidenten wohl weniger befriedigt, da seine Amtsenthebung beschlossen worden sei. Die Presse spricht in kurzen Worten ihre Bedauern über die teinlichen Zwischenfälle aus. Das ganze Land, dem sein Ruf von Ritterlichkeit am Herzen liegt, werde stolz darauf sein, wie energisch Clemenceau diejenigen beauftragt habe, die an diesen bedenklichen Kundgebungen teilgenommen hätten. Strafmaßnahmen wären geboten und seien auch getroffen worden.

Ein Entschuldigungsschreiben Clemenceaus.

Paris, 17. Juni. Heuter. Clemenceau über sandte dem Präsidenten der deutschen Delegation einen Brief, in dem er sein Bedauern über die ordnungswidrigen Zwischenfälle bei der Abreise der deutschen Delegation ausdrückt und mitteilt, daß der Präsident des Departements Seine-et-Oise den Auftrag erhielt, Herrn von Daniel um Entschuldigung zu bitten, und daß der Präsident, sowie auch der Polizeikommissar ihres Amtes enthoben würden.

Der Kommunistenputsch in Wien.

Wien, 18. Juni. In der gestrigen Arbeiterkammer-Sitzung wegen der blutigen Vorgänge am letzten Sonntag erklärte Friedrich Adler, es könne kein Zweifel bestehen, daß mindestens ursprünglich ein sozialistisches Vorhaben zur Ausübung einer Arbeiterrepublik bestanden sei, worin auch die amtliche Mitteilung spräche, daß 1000 ungarische Arbeiter an der Grenze stünden, um am 15. Juni einzuziehen, und einwärtig feststehe, daß 100 000 Kronen für die Auslieferung der sozialdemokratischen Staatsbürger geboten worden seien. Bei den angeführten Ordnern der Kommunisten habe man Revolver gefunden. Die Staatschutzwache habe zunächst blind geschossen und erst nach Schüssen von Seiten der Revolutionäre und nach erneuten Parfümen der Menge Soldat abgegeben.

Berichtswort für den Gesamtinhalt: Hermann Winter; für den Angelegenheit Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute Abend letzter Vortrag des Genossen Erb: „Weltanschauungen. Anfang punkt 8 Uhr. Samstag, den 21. Juni: Nachtour. Abfahrt abends 6.30 Uhr Hauptbahnhof nach Diersweier. 4392

Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 34, 1 Tr.
Strickjacken
Mk. 72.- an 4300
weiße und farbige
Voileblusen
Kinderkleider
Reichsware, alle Größen.
Anspruch umsonst bei
Schwerhörigkeit
Hörapparat, sprachen überhört
üb. um. taufenb. nat.
bewährt, potent.
amtlich geliebt.
Säbrommels.
Bequem und un- Größe
schbar zu fragen. 110.
Glänz. Kautennungen:
Sanis-Versand
München 26 b.

Pflechtenleiden
dauernde Bos. durch
deutsches Reichspat.
Prosp. grat 40882
Kerns-Versand, Stuttgart 104 a
Wächterstrasse 2.

Mandolinen, Gitarren, Zithern
werden fortwährend ange-
kauft in 2812
Weinrebts An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52. Tel. 3747.
Einfach möbl. Zimmer
möglichst Südnacht gesucht.
Ang. erb. L. Graf im Volks-
freund.

Stärke-Wäsche
besorgt in normaler
Lieferszeit
Dampfwalchanität
Schorpp
Annahme-Stellen
in allen Stadtteilen.
8997

Vergasest du der Kaufrau nicht,
sahst du im Pelz die Motten nicht?

Ach lieber Mann verzeihe mir,
ich bin genug gestraft dafür

Erlösung bringt ihm
in der Not
Die Anzeige vom
Mottentog.

**Dr. Weinreichs
MOTTEN ÄTHER.**
ist erhältlich in den Apo-
theken, Drogerien und
Parfümerien

Preis der Flasche
Mk. 1,75, 2,75, 4,50, 7,50

Passende Zerstäuber
in allen Größen

Pharmakon
G. M. O. H.
FRANKFURT A.

Er greift also
gleich zur Feder
Bestellt sich:
„Weinreichs
Mottenäther“

Nun stäubt man mit vereinter Kraft
Das, was den Motten Unheil schafft.

Die Kosten machen sich bezahlt,
Im nächsten Winter alles strahlt

Rudolph Holl, Dentist
Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tiez
Fernruf 2795.
Sprechstunden: 8-12 und 2-6. 4308

Eltern die aus der Kirche ausgestreut sind
werden hiermit auf den
freireligiösen Religionsunterricht
aufmerksam gemacht. Jeden Samstag 8-5 Uhr
Kinderschule (Kriegsstr.) Anmeldung dabei! Zimmer 13
vor 8 Uhr. 1697

Auskunftei Bürgel
300 Geschäftsstellen
Garantiedepot 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements-
Auskünfte für jedermann. 9768
Friedrichsplatz 2. Tel. 455.

Badisches Landesstheater.
Freitag, den 20. Juni 1919. 4349
Freitagsmiete Nr. 35.
2x2=5
Sätyrspiel in vier Akten von Gustav Wied.
Autorisierte Übersetzung von J. Anders.
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.
Freitag, den 20. Juni 1919. 4350
Hohheit tanzt Walzer.
Operette in drei Akten v. J. Brammer u. A. Grünwald.
Musik von Leo Ascher.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Neu erschienen in 45. Auflage
Die Gefühlskälte der Frauen
Kurzliche Rückschlüsse und Beobachtungen aus dem Leben
von Frauenarzt Dr. med. Ritel, Berlin.
Dieses Werk, dessen Inhaltsgang sich für hier
nicht eignet, wird von Dr. med. Gurlinger in der
„Kugsburger Postzeitung“ u. a. wie folgt beurteilt:
„Niemandes berühren sich die Extreme enger als in der
heutig n. Ge. Auf der einen Seite ungezügelter Gefühlslage
betonung und Leidenschaftlichkeit bis zur Raserei, auf
der anderen Marmorhülle und Empfindungslosigkeit bis
zum Eitel und zur Verachtung. Diesem Skizzen ist das
äußere verblüffende Buch gewidmet, ein aus dem
praktischen Leben herausgewachsenes Dokument menschl-
lichen Leidens, geirrt mit dem Dergibt des
humanen Arztes. Mit erschütternden Beispielen aus
eigener Praxis beleuchtet Verfasser seine Ausführungen
Bezug gegen Einbindung von R. 2.- über Nachh. durch
Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 512, Berlin NW 47.
Verbeten! Werbet für den Volksfreund!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer.

Am Samstag, den 21. Juni, abends 7/9 Uhr, findet in Daxlanden in der Wirtschaft zum „Schwarzen Adler“ eine

Oeffentliche Versammlung

Thema: „Die Rechte der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer.“

Referent: Herr Stadtverordneter Friedrich Siegel.
In dieser Versammlung sind sämtliche Kriegsbeschädigten, Kriegs-hinterbliebenen und Kriegsteilnehmer freundlichst eingeladen.
Freie Aussprache. Der Einberufer.

Fußballclub

Schwarz **PHÖNIX** Blau

Jeden Freitag Abend Bierisch und Spieler-sammenkunft im „Löwenrachen“.
Sonntag, 22. Juni 1919 Nachmittags 3 1/2 Uhr Sportplatz Fasanengarten

V. f. B. gegen **F. C. Phönix**
I. II. und III. Mannschaft
Beginn 3 1/2 Uhr, 2 und 10 Uhr vorm.
1915 Der Vorstand.

Beiertheimer Fußball-Verein

Sonntag, 21. Juni 19, abends 7/8 Uhr im Lokal **Mitglieder-Versammlung.**
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Sonntag, 22. Juni 19 auf unserem Platz **Verbandspiel**
Frankonia I, II u. III gegen Beierheim I, II u. III.
Beginn 2 1/4 und 6 Uhr.
Die Mitgliederkarten sind an der Kasse vorzugeben.

Empfehle mich zum Ankauf von **Offiz Uniformen** **Schmiedewerkzeugen** **aller Art** **Wäsche usw**



Gez. Angebote
Winnhand's
an- u. Verkauf
Gez. Off.
Seidenstraße 52
Tel. 1311

Zu verkaufen:

Vollständiges Bett mit Haarmatratze.
1 Nachtkuhl mit Einrichtung.
Matratzen jedes Maß, von neuem und gebrauchtem Stoff.
Alles neu aufgearbeitet.
Seyauer, Tapezier,
Krauprechtstraße 18.

Die Bestellung staatlicher Fischereimeister betr.

Maurer August Frei von Anielingen wurde als staatlicher Fischereimeister für die Amtsbezirke Karlsruhe, Durlach, Bretten, Bruchsal und Forstheim bestellt und heute als solcher verpflichtet.
Karlsruhe, den 11. Juni 1919.
O. S. 196 Bezirksamt. 4347

Fleisch.

In der laufenden Woche kommen zur Verteilung 75 g Fleisch gegen 1/10 Fleischmarken und 50 g Butter gegen 1/10 Fleischmarken.
Karlsruhe, den 18. Juni 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Obst-Verteilung.

In folgenden Obstverkaufsgeschäften:
Nr. 10 Kraus Joh., Gottesauerstraße 22
„ 11 Ribi Karl, Bernhardtstraße 11
„ 12 Bucherer, Durlacher-Allee 82
„ 13 Stapp, Gottesauerstraße 29
„ 14 Bühler Ludwig, Lachnerstraße 14
kommen heute, den 20. Juni Abends zum Höchstpreise von 75 Pf. pro Pfund zur Verteilung.
Die Abgabe erfolgt auf die Haushaltmarke Nr. 55 und zwar
auf die Haushaltmarke A 2 Pfund und B 4 Pfund.
Die Haushaltungen werden ersucht, den Einkauf der Früchte möglichst in dem Geschäft vorzunehmen, in dem sie im letzten Jahre zum Obstbezug eingetragen waren.
Die im vergangenen Jahre in den Filialen des Lebensmittelvereins
Andolfstraße 24 und Lachnerstraße 17 für Obst eingetragenen Haushalte haben jetzt ihr Obst in den Geschäften
Nr. 10 Kraus Joh., Gottesauerstr. 22
14 Bühler Ludwig, Lachnerstr. 14 einzukaufen.
Die nicht zur Einlösung kommenden Haushaltmarken A und B Nr. 55 sind zwecks späterer Einlösung unter allen Umständen aufzubewahren.
Für die späteren Obstverteilungen wird bis zum 30. Juni wieder eine besondere Kundenliste aufgestellt.
Karlsruhe, den 20. Juni 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Soz. Partei Rastatt.

Morgen Samstag den 21. Juni, abends punkt 8 Uhr, findet im Lokal zum „Rappen“ **Partei-Versammlung** statt.
4353
Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.
Referent: D. Rapp-B. Baden.
Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Arb. Gesv. Gleichheit

1904
Canz-Ausflug
nach Durlach, ins Lammst.
Anfang 3 Uhr.
Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie Freunde des Vereins freundlichst ein.
4343 Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Bei allen **Anträgen auf Bewilligung der Kapitalabfindung**
sind außer der Geburtsurkunde, wenn ein bestimmtes Kaufobjekt schon in Aussicht genommen ist, etwa vorhandene Grundstückspläne, z. B. Grundstücksangebote, Kauf- oder Bauverträge, Baupläne, Kostenanschläge, Grundbuch- und Katasterauszüge usw. mitzubringen.
Anträge der Rentenempfänger auf Kapitalabfindung nehmen einstweilig außer dem Bezirksfeldwebel auch die örtlichen Stellen der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge entgegen.
4206
Karlsruhe, den 14. Juni 1919.
Versorgungsabteilung des Bezirkskommandos Karlsruhe.

Die Handwerkskammerwahlen 1919 betr.
Auf Anordnung des Landesgewerbeamts haben für die 1919 gewählten Mitglieder und Ersatzmitglieder der Handwerkskammer und ihrer Gesellenvereine die Wahlen für eine sechsjährige Amtsdauer und für die 1913 Gewählten, die inzwischen durch Tod, Wegzug oder dergl. ausgeschieden sind, Ersatzwahlen für eine dreijährige Amtsdauer stattzufinden.
Für die Wahl ist die Verordnung vom 28. Januar 1913, die Wahlordnung für die Handwerkskammern und deren Gesellenvereine betr., (Ges. u. V. O. V. 1913, Seite 103) maßgebend. Das Wahlrecht steht den in § 2 der Wahlordnung bezeichneten gewerblichen Vereinigungen zu. Dieselben werden aufgefordert, ihre Wahlberechtigung unter Nachweis der gesetzlichen Voraussetzung bei Amtsinhabervermeidung bis zum 31. Juli ds. Js. bei dem für den Sitz der Vereinigung zuständigen Bezirksamt unter Beobachtung des § 6 der Wahlordnung anzumelden. Die dem Bezirksamt als Wahlberechtigte bekannten Vereinigungen werden eine besondere Aufforderung zur Wahl unter Beifügung von Formularen und Erläuterungen über das zu beobachtende Verfahren erhalten. Überwiesene Vereinigungen, die zur Wahl berechtigt zu sein glauben und eine derartige besondere Aufforderung bis 1. Juli ds. Js. nicht erhalten haben, werden eingeladen, dies dem zuständigen Bezirksamt anzuzeigen.
Karlsruhe, den 12. Juni 1919. O. S. 195
Bezirksamt - Polizeidirektion. 4346

Karlsruher Familien-Krankenkasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.
Gegründet 1890. Unter staatl. Aufsicht.
Geschäftsstelle: Ostendstrasse 6, 3. Stock.
Fernruf 4159. Filialen: Fernruf 4159.
Weststadt: Kriegstrasse 169 I.
Mittelstadt: Markgrafenstr. 26 II.
Südstadt: Luisenstrasse 91 III.
Oststadt: Radolfstrasse 26 III. 2165
Aufnahmeformulare, Satzungen, sowie jede Auskunft durch Geschäftsstelle u. Filialen.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2300
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 33, im Hof. Telefon 1421

Einen guten Fang

der seinen Bedarf in **macht jedermann Messer u. Stahlwaren** jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen u. repariert werden können.
Karl Hummel, Werderstr. Nr. 13, Tel. 1547.

Sauberes Mädchen

für den ganzen Tag gesucht (Monatsstelle). 4348
Gaggenau
Poststraße 19, 3. St. r.

Gewinne

Preuß. 4355
Städt. Staats-Lotterie
die mit dem Einsatz gezogen werden gegen neue Lose umgetauscht und ausbezahlt, größere Treffer nächste Woche bei Eintreffen der Hauptliste Lose I. Klasse 1/100 Lotterielosen:
1/10 1/4 1/2 1/100
5,25 10,50 21.- 42.-
für alle Klassen:
26,25 52,50 105.- 210.-
Endwinz Götz
Bad. Lotterierechnungsbüro
Seckstr. 11, 6. Rathaus

Kratze

Bei 3404
Gautauschtag
Sanftjuten
flechten usw. verwendete man
Kratze-Beize Herbol
Erfolg unübertroffen!
1 Dose kostet:
für Kinder .. M. 1.50
Erwachsene .. 2.80
alte Fälle .. 4.25
ganze alte Fälle .. 0.50
Damit Gautauschflechte nicht wieder aufsteigen, trinke man Mutterschneuzugste 1 Paket M. 1.-
D. Nellig, Amberg.

Häuser

mit und ohne Geschäft sowie Liegenenschaften aller Art zu verkaufen durch das **Verkaufsbüro**
M. Busam,
Karlsruhe, Herrenstr. 33, 1912
Telephon 5530.

Laden-Einrichtungen.

Infolge Auflösung unserer Verkaufsstellen haben wir abzugeben:
Schauensherauslagen mit Rückwand, bestehend aus 3 gestemten tannenen Brüstungen 2,35/1,80 mit Türen, Podium und Unterlagen
Lebensstühle, weiß gefirnischt
1 Stuhl 2,80 m lang mit Marmorplatte u. Schublade
1 Stuhl 2,95 m lang mit Holzplatte u. Zwischengest.
1 Stuhl 2,55 m lang
1 Stuhl 2 m lang
Tische, roh, mit Tannenholzplatten u. Zwischengestelle
1 Stuhl 4 m lang und 1 m tief
1 Stuhl 3,50 m lang und 0,80 tief
1 Stuhl 2,75 m lang und 0,75 tief
4342
Verchiedene Schäfte usw.
Nähere Auskunft Lager alte Bahnpost, Kriegsstr. 5a.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

So lange Vorrat.

Frottier-Handtücher

3 Qualitäten
Mark 5.50 6.50 7.- per Stück
Baumwollflanell f. Hemden u. Blusen
Mark 9.25 per Meter
Kleider-Leinen weiß
80 cm breit
besonders gute Qualität, Mk. 12.- per Meter
Blusenleinen halbgebleicht
128 cm breit
Mark 14.50 per Meter. 4341
August Mayer
6 Karl-Friedrichstr. 6, Eckladen.

Städtisches Bierordtbad.

Grosse Schwimmbälle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 10-11 Uhr und nachmittags 2 1/2-4 1/2 Uhr, sowie freitags von 6-7 1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstag nachmittags.
Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 9-10 Uhr und von 11-1 Uhr, nachmittags 4 1/2-7 1/2 Uhr, freitags nachmittags nur bis 6 Uhr und Samstag von vormittags 11 bis abends 8 1/2 Uhr, auch über die Mittagszeit geöffnet. 395
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Lüchtige Polsterer

für erstklassige Arbeit finden dauernde Beschäftigung.
Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit an **Hof-Möbelfabrik A. Dieler,**
Freiburg i. Br. 4282

Zitherkasten

neu, Größe 30/56, zu verkaufen. Näheres bei Herrn **Schwabinger**, Soppenstr. 73 II. Eing. Reisingstr.

Halbschuhe

Größe 40/41 u. Größe 37, mit Ledersohlen. 4359
Ab. Wiedermann,
Mörtenstraße 23, III. Et.

50 000 Dachschindeln

zu verkaufen. Durlacherstrasse 17. Hof. 4337

Keine Getränke!

Machen Sie Ihr **Haus-Getränk** aus dem seit langen Jahren tausendfach bewährten
Heinen's Trankextract (Kunstmostsubstanzen).
Ohne künstlichen Süsstoff, wozu Zucker nötig ergibt ein alkoholhaltiges Getränk wie richtiger Apfel-Most.
150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr. M. 18.- M. 12.50 M. 6.75
Flaschenpfand für alle Größen 50 Pf.
Erhältlich in Drogerien u. Kolonialwaren-Geschäften, Konsumvereinen u. s. w.
Weitere Niederlagen werden errichtet.
Heinen's Trankextract-Fabrik
Pforzheim. 1309

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft
Levy, geschäft
Markgrafenstraße 22.

Volksbuchhandlung

Karlsruhe, Adlerstraße 16
empfiehlt aus der **Lehrmeister-Bücherei:**
Ausdringende Siegenacht. M. 14.00 (Nr. 336/8)
Das Schaf. M. 22.00 (Nr. 336/9)
1 Tafel. 120 S. (Nr. 402/4)
Anführung. Kaninchenzucht. M. 15.00 (Nr. 170/1)
Leitfaden der Bienenzucht. M. 28.00 (Nr. 10/11)
Die Wirtschaft im Haus. M. 12.00 (Nr. 336/8)
Kaninchenzucht. 80 S.
Nach Einleitung d. Vertrages und 10 S. Porto in Briefmarken erfolgt prompte Zulassung.
(Nachnahme verrechnet.)

Lehrmeister-Bücherei:

Ausdringende Siegenacht. M. 14.00 (Nr. 336/8)
Das Schaf. M. 22.00 (Nr. 336/9)
1 Tafel. 120 S. (Nr. 402/4)
Anführung. Kaninchenzucht. M. 15.00 (Nr. 170/1)
Leitfaden der Bienenzucht. M. 28.00 (Nr. 10/11)
Die Wirtschaft im Haus. M. 12.00 (Nr. 336/8)
Kaninchenzucht. 80 S.
Nach Einleitung d. Vertrages und 10 S. Porto in Briefmarken erfolgt prompte Zulassung.
(Nachnahme verrechnet.)

Keine Getränke!

Machen Sie Ihr **Haus-Getränk** aus dem seit langen Jahren tausendfach bewährten
Heinen's Trankextract (Kunstmostsubstanzen).
Ohne künstlichen Süsstoff, wozu Zucker nötig ergibt ein alkoholhaltiges Getränk wie richtiger Apfel-Most.
150 Ltr. 100 Ltr. 50 Ltr. M. 18.- M. 12.50 M. 6.75
Flaschenpfand für alle Größen 50 Pf.
Erhältlich in Drogerien u. Kolonialwaren-Geschäften, Konsumvereinen u. s. w.
Weitere Niederlagen werden errichtet.
Heinen's Trankextract-Fabrik
Pforzheim. 1309